

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 199 SONNTAG, 4. April 1937

Aus dem Inhalt:

Der Düsseldorfer Sumpf  
Kirchenkampf im Grenzland  
Mobilisierung der Landwirtschaft  
Furcht vor Wahlen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# System ohne internationalen Kredit

## Die Rolle der deutschen Berufsdiplomaten

In einem seiner letzten Aufsätze hat der verstorbene Austin Chamberlain geschildert, wie die englischen Staatsmänner der Vorkriegszeit einer nach dem anderen zu der Ueberzeugung gelangten, daß mit einer Regierung wie der deutschen unter Bülow und Wilhelm II. jedes Abkommen unmöglich sei. Er schreibt die Hauptverantwortung dafür Bülow zu, der, falsch vom Kopf bis zu den Zehen und geschwollen vor Eitelkeit, die Lage gründlich verkannt habe. Es war indessen nicht nur die Schuld Bülows. Es war ein Systemfehler, und der böse Geist saß überall fest, beim Kaiser wie beim Reichskanzler, im Auswärtigen Amt wie bei den Leitungen von Heer und Marine.

Die englischen Staatsmänner von heute wiederholen die Erfahrungen ihrer Vorgänger von damals. Seit dem Ausbruch des Hittersystems haben sie manches erlebt, was die Vorgänge von damals bei weitem übertrifft. Sie haben hartnäckig das Ziel verfolgt, zu einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen, und sie konnten damit rechnen, daß ein gleicher Wille ihnen von der anderen Seite entgegenkommen würde. Gehörte es nicht zu den ursprünglichen Konzeptionen Hitlers, daß England unbedingt für Deutschland gewonnen werden müßte?

Aber das braune System kann sich ein intimeres deutsch-englisches Verhältnis nicht anders vorstellen als es das wilhelminische System getan hat: Deutschland gnädigst Geschenke entgegennehmend dafür, daß es nicht den wilden Mann in Europa und der Welt spielt. Der böse Geist des wilhelminischen Systems geht auch im Hittersystem um, und auch hier trägt die Hauptschuld nicht dieser oder jener, sondern es ist der gleiche Systemfehler. Wie damals schon ist es auch heute üblich, mit den besonderen Eigenheiten der unverantwortlichen Spitze die politische Bürokratie zu entschuldigen und sie gewissermaßen als bessere Menschen erscheinen zu lassen. Man sucht heute eifrig nach Zeichen, die auf stärkere Einflußnahme der sogenannten Berufsdiplomaten auf die Politik des Reiches zu deuten wären, und wenn man solche zu erkennen glaubt, so meint man, daß die Berufsdiplomaten auf einen ruhigeren und vor allem vernünftigeren Kurs hinwirken würden. Ein Revirement, das demnächst unter dem diplomatischen Personal des Hittersystems stattfinden soll, wird so illusionär angedeutet. Daß Herr Luther in Washington durch Herrn Dieckhoff ersetzt werden soll, und daß Herr von Mackensen von Budapest ins Auswärtige Amt in leitender Funktion berufen wird, gibt Anklammerungspunkte für die Hoffnungen jener, die immer noch glauben wollen, daß das System sich aus sich selber heraus zivilisieren würde.

Solcher Glaube tut den Berufsdiplomaten bei weitem zu viel Ehre an. Die Traditionen aller auswärtigen Ämter und ihres Personals wurzeln viel stärker in der ferneren als in der jüngsten Vergangenheit. Das ist ein allgemeiner Krebschaden, und in Deutschland ist er stärker als anderswo. Von einer Tradition der Epoche der Weimarer Republik in der deutschen Berufsdiplomatie ist gar keine Rede, und wo hätte das berufsmäßige Personal, das unter Hitler hervorgetreten ist, gezeigt, daß es aus der Katastrophe der Politik, aus dem Geiste Bülows, Holsteins, Wilhelms und Tirpitz gelernt hätte? Wofür wäre

Herr von Neurath denn Außenminister Hitlers, wenn er nicht dem Geiste der suffisanten lächelnden Katastrophenmacherei eines Bülow, wie überhaupt der kaiserlichen Tradition näher stände als der nüchternen Politik der Weimarer Republik, die sich vom nationalsozialistischen Machtwahn fernhielt?

Ob dieser oder jener Wechsel im Personal erfolgt, das bleibt sich gleich. In der Sache ist bisher die Außenpolitik des Hittersystems so gemacht worden, als ob sie von gewissenlosen Hasardeuren betrieben worden sei. Sie ist der Politik der wilhelminischen Epoche verzweifelt ähnlich, und der Geist, der sie treibt, ist der gleiche: der Geist amoralischer Gewalt, der Wille zur Vorherrschaft über andere, der Geist des Machtwahns und des Machtkitzels. Das Studium des englischen Blaubuches aus Anlaß der Rheinlandbesetzung sei allen empfohlen, die den Berufsdiplomaten gerne eine ausgleichendere, ehrlichere, würdigere und vernünftigere Rolle zuschreiben möchten als der Spitze des Systems. Die Charaktermaske des absolut friedfertigen Frontkämpfers, die sich die Spitze des Systems für die Zwecke dieser blutigen Hasardpolitik vorgebunden hat, täuscht heute nur noch komplette Narren, die glauben, den bösen Geist mit Gebeten bannen zu können. Aber die Maske der Honorigkeit und der relativen Vernünftigkeit, mit der die deutsche Berufsdiplomatie von denen ausgestattet wird, die immer noch nicht klar sehen wollen, scheint immer noch zu täuschen.

Schließlich haben die Herren deutschen Berufsdiplomaten schon allerhand zu verantworten. Nicht nur die gelungenen Streiche, sondern auch die mißlungenen. In den österreichischen Putsch, der Dollfuß das Leben kostete, war der deutsche Gesandte in Wien verwickelt. Diese Sache war übrigens der spanischen Rebellion gar nicht so unähnlich. In der Steier-

mark wurde heftig gekämpft und ohne die bekannte Brennermobilisierung hätten vielleicht damals schon die Westmächte Gelegenheit zu einem Experiment mit der einseitigen Nicht-Intervention gehabt. Auch in dem neuesten fehlgeschlagenen Putsch in Ungarn war das deutsche diplomatische Personal in Budapest verwickelt, und es ist wahrlich nicht sein Verdienst, daß dies Feuerchen nicht zu einem Brande geworden ist. Die Dokumente, die in Spanien über das Treiben des deutschen diplomatischen Personals aufgefunden worden sind, sprechen ebenfalls eine beredte Sprache. In manchem ist dort und vor allem in Marokko weitergeführt worden, was schon seit 1930, als es noch kein Hittersystem gab, vorbereitet worden ist. Damals schon hat sich die geheime Politik der Berufsdiplomaten losgelöst vom Geist der Weimarer Republik und hat wieder aufgenommen, was mit dem Kaiserreich beendet schien: die weltpolitischen Treibereien, das Anlegen von Feuerchen an allen Punkten, wo man in näherer oder fernerer Zukunft Brände voraussehen glaubte, die Spekulation auf Friedensstörungen, immer mit dem Hintergedanken, daß man mit solchen Dingen wenigstens einen Schadenswert in den Augen anderer gewinnen und also erpressen könne. Kurzum, alles das, was in der Vorkriegszeit bei englischen Staatsmännern zu der Ueberzeugung geführt hatte, daß man mit einer solchen Regierung kein Abkommen schließen könne.

Man lasse sich durch die größere Nähe der unmittelbaren Vergangenheit nicht die Perspektive verfälschen: Manches, was die deutsche Berufsdiplomatie seit Hitlers Machtantritt mitgemacht hat, hält durchaus den Vergleich mit jener berüchtigten Depesche Zimmermanns aus, die ein Kriegsfeuerchen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten anzuzünden empfahl, und damit nur den Eintritt Amerikas in den

Krieg gegen Deutschland beschleunigte. Der Geist, aus dem jene Depesche entsprungen war — das ist genau der Geist, der heute in der deutschen Politik umgeht, und wenn er nicht in der Tradition der Berufsdiplomaten weitergelebt hätte, wäre heute das Dritte Reich?

### Rache an Frauen und Kindern

Das braune System hat einen Rachefeldzug gegen Frauen und Kinder deutscher oppositioneller Politiker unternommen. Eine neue Ausbürgerungsliste enthält die Namen von 38 Familienangehörigen bereits ausgebürgerter Emigranten. Sie erstreckt sich auf die Familien folgender Sozialdemokraten: Großmann, Hertz, Hirschfeld, Kummer, Neumann, Schuhmacher; und folgender Kommunisten: Dahlem, Leviné, Maslowski, Pieck.

Die jüngste dieser Ausgebürgerten ist acht Jahre alt.

### Gentlemen-Agreement

Nach offiziellen Berichten aus dem Dritten Reich hat sich Hitler mit Ludendorff ausgesöhnt. Nach diesen Berichten haben beide miteinander eines der jetzt so beliebten Gentlemen-Agreements getroffen, in dem sie sich gegenseitig Lobspüche machen.

Als sich die beiden das letztmal auf Ehrenwort miteinander verschworen haben, war das Ergebnis das Verbrechen des Novemberputsches von 1923. Der eine ging nach dem Zusammenbruch aufrecht weg, wie er sich nachträglich in Prozessen bestätigen ließ, der andere lag auf dem Bauche und flüchtete in die Villa befreundeter Frauen. Bittere Feindschaft war das Ergebnis. Der eine wurde später zum Hanewurst einer wahninnigen Frau, der andere zum Diktator Deutschlands.

Zu welchem Zwecke begraben sie jetzt das Kriegsbeil? Braucht Hitler einen Generalfeldmarschall neben Blomberg, oder ist eine neue, diesmal internationale Verschwörung fällig?

# Mobilisierung der Landwirtschaft

## Görings Liebesgaben für den ostpreussischen Großgrundbesitz

Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat Bankrott gemacht. Jahr für Jahr hat der Darré seine »Erzeugungsschlacht« geschlagen und das Resultat ist, daß die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung heute fast die gleiche ist wie in den letzten Jahren des »schmachvollen Systems«. An der »Nahrungsfreiheit« fehlt noch derselbe Prozentsatz von Futtermitteln und Fett. Nur daß es vor der Herrschaft Hitlers keine Nahrungsmittelknappheit gab, daß die Ernährung von Mensch und Vieh gesichert war. Denn unter dem »System« standen stets die Ausfuhrgegenstände zu normalen Weltmarktpreisen zur Verfügung, gegen die man die notwendigen Agrarprodukte einführen konnte. Dem hat die Kriegswirtschaft der Diktatur ein Ende gemacht.

Ein Ende mit Schrecken? Zu weitgehenden Zwangseingriffen hat das Regime bereits greifen müssen. Die Ablieferungsfristen für Brotgetreide sind verkürzt worden; nachdem noch bis vor kurzem die Aufzucht des Viehs aus »hofeigenem« Futter propagiert worden war, ist jetzt die Verfütterung von Roggen und Weizen zum Landesverrat erklärt worden; die Landwirte müssen ihr Brotgetreide gegen Futtermittel abliefern. Ein schlechtes Geschäft! Denn, sagt Göring selbst in

seiner gleich noch ausführlicher zu erörternden Rede, »mein Aufruf zur Ablieferung von Brotroggen hat zwar den nötigen Widerhall gefunden, jedoch hat er zu volkswirtschaftlich nicht vertretbaren Verlusten bei den Betrieben geführt, die den Roggen abgegeben haben und dafür teure Futtermittel kaufen mußten«. Auch die Opfer der Konsumenten haben nichts genützt, nicht die Beimischung von Kartoffelflocken und Maismehl zum Brot, nicht die höhere Ausmahlung von Weizen und Roggen. Ein Teil der durch die Konfiskation der Auslandswerte erlangten Devisen muß zu umfangreichen Getreidekäufen vornehmlich in den Balkanstaaten verwendet werden. Die Getreidepreise aber sind stark gestiegen, der Absatz auf dem Weltmarkt geht leicht vonstatten, und so sieht sich Deutschland gezwungen, den Balkanstaaten stark verbilligte Exportpreise für die deutschen Industriewaren einzuräumen und für das einzuführende Getreide erhöhte Uebernahmepreise zu bewilligen!

Aber die Kriegswirtschaft bleibt oberstes Gesetz, und den Nationalsozialisten bleibt nichts anderes übrig als auf dem Weg des Unheils fortzuschreiten. »Die dritte Erzeugungsschlacht ist nunmehr in

das Stadium einer Großkampfoffensive getreten«, so erschallt jetzt Darrés neuer Kriegsruf, und Göring verkündet in einer Rede vor den »Bauernführern« am 23. März die »Mobilisierung der Landwirtschaft«.

Es handelt sich in der Tat um einen großen Aufwand, um die Landwirtschaft zu einer Produktionssteigerung zu veranlassen unter dem für die nationalsozialistische Wirtschaft allgemein gültigen Motto: Kostenpunkt Nebensache! Zur Förderung von Landeskulturarbeiten werden 200 Millionen RM für das Jahr 1937, davon 110 Millionen RM als Beihilfen des Reichs und der Länder eingesetzt. Diese Mittel erhöhen sich Jahr für Jahr bis auf 300 Millionen im Jahre 1940. Insgesamt ist also eine Milliarde RM vorgesehen. Weitere Mittel — der Betrag wird nicht angegeben — werden aus dem Reichsetat für die Flurbereinigung bewilligt, ebenso für die Umwandlung von schlechtem Grünland in Ackerland. Die Zuschüsse des Reichs betragen pro Hektar im ersten Jahr durchschnittlich 100 RM, die in dem nächsten Jahre ermäßigt werden. Reichsmittel werden ferner für mittelfristige Kredite bereitgestellt, die für schlechte Betriebe als Betriebsausbau-Kredite verwendet werden

sollen. 44 Millionen RM sollen für den Bau von Werks- und Heuerlingswohnungen eingesetzt werden. Man sieht, es handelt sich um einige, mehrere Hundert Millionen RM.

Damit sind aber die Kosten für die agrarische Zwangswirtschaft nicht im Entferntesten erschöpft. Die Reichsregierung hat soeben den neuen Etat verabschiedet. Irgendwelche Zahlen werden nicht genannt, irgend eine Kontrolle existiert nicht mehr. Nur aus dem »Gesetz über die Haushaltsführung« werden ein paar Angaben gemacht. Danach kann der Reichsfinanzminister folgende Garantien übernehmen: 40 Millionen RM zur Ordnung des Eiermarktes, 360 Millionen RM zur Ordnung des Marktes für Getreide- und Hülsenfrüchte, 12 Millionen RM zur Beschaffung von Betriebskrediten für Flachs- und Hanfrostereien, 100 Millionen RM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Landeskultur, 30 Millionen RM zur Förderung von Landarbeiterwohnungen und schließlich 75 Millionen zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Der größte Teil dieser Garantien dient nicht etwa produktiven Zwecken, sondern der »Marktordnung«, das heißt dem ungeheuer kostspieligen System, das zur zentralen Kontrolle jedes einzelnen Marktvorganges, zur Ablieferung an die Zentralstellen und der Wiederverteilung von diesen aus, für die zunehmenden Eingriffe in die einzelnen Betriebsvorgänge usw. errichtet worden ist. Aber all diese Aufwendungen verschwinden noch gegen die unmittelbaren Kosten — von völlig unbekannter Höhe — der Reichsnährstandsorganisation selbst, die durch die nach der Höhe des Umsatzes erhobenen Zwangsbeträge der Landwirte selbst gedeckt werden. Es ist ein Ausmaß unproduktiver Unkosten, das keine andere Agrarwirtschaft der Welt zu tragen hat.

Dieser Aufwand ist, das bezeugen ja die zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten, bisher schmählich vertan. Auch die bisher aufgeführten Maßnahmen Görings werden daran nicht viel ändern. Nach Investitionen von Milliarden werden auf mehr oder minder geeignetem Boden vielleicht in Jahren etwas höhere Hektarerträge erzielt werden, eine neue unproduktive Verwendung deutscher Produktivkräfte. Die Getreideknappheit ist aber eine akute Sorge und deshalb kündigt Göring auch Maßregeln an, die eine sofortige Steigerung des Rohertages bewirken sollen. Die Preise für Stickstoffdüngemittel werden im Durchschnitt um 30 Prozent gesenkt, die für Kalidüngemittel um 25 Prozent. Die Eisenbahn ermäßigt die Frachtsätze für Düngemittel in einem noch nicht bekanntgegebenen Ausmaß und für Kali um 35 Prozent, so daß die Kaliindustrie nur 20 Prozent der Ermäßigung trägt. Göring hat von den großen Opfern der Stickstoff- und Kaliindustrie gesprochen, aber man kann sicher sein, daß diese Industrien sich an den Kriegslieferungen zu einem großen Teil schadlos halten werden. Die Landwirtschaft bekommt aber nicht nur Preisermäßigungen eines wichtigen Produktionsmittels, sondern auch Preis-erhöhungen für ihre Produkte. Die Preise für Fabrikkartoffeln werden von 17 Pfennige auf 20 Pfennige je Kilogramm erhöht, wobei jeweils am 1. Januar ein Zuschlag von einem weiteren Pfennig hinzukommt. Diese Erhöhung soll »Voraussetzung für die Ausdehnung des Kartoffelanbaus, namentlich im Osten sein. Das Ziel ist, die Flockenproduktion zu vervielfältigen, um so eine weitere Grundlage der Schweinemast zu erreichen«. Die Flockenpreise selbst aber werden aus öffentlichen Mitteln stabil erhalten. Ferner wird der Roggenpreis im Durchschnitt von 8 RM auf 9 RM erhöht. Der Durchschnittsbrotpreis kann aber nicht erhöht werden. Während bisher die Kosten der Roggenpreissteigerung die Mühlen und die Bäcker durch Verringerung des Zwischenhandelsgewinns, und der Konsument in Form der andauernden Qualitätsverschlechterung tragen mußten, soll diesmal die Landwirtschaft selbst herangezogen werden. Die Zuschüsse zur Brotverbilligung, verkündet Göring, werden »aus anderen Einnahmearten der deutschen Landwirtschaft, in erster Linie beim Braugerstenpreis abgeschöpft werden. Es kommt mit hierbei besonders darauf an, die schwachen Schultern des marktferneren und schlechten Bodens des Ostens auf Kosten der Landwirtschaft Westdeutschlands zu entlasten«.

# Die Arbeiter kommen zuletzt

## Erst aber andere — dann »Überprüfung« der Löhne

Der sogenannte Arbeitsminister Seidte hat lange geschwiegen — man mußte fast glauben, er schämte sich wegen des Verrats, den er an seinem »Stahlhelm« begangen hat — jetzt aber meldet er sich im »Völkischen Beobachter« ganz schamlos zum Wort, um das von Hitler-Göring erlassene Verbot von Lohnsteigerungen zu rechtfertigen. Wörtlich erklärt er:

»Die deutsche Arbeiterschaft darf sicher sein, daß die Reichsregierung, insbesondere der Beauftragte des Führers für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, wie bisher der Frage der Preisbildung ihre besondere Aufmerksamkeit schenkt und keine

### Preissteigerungen

zuläßt, die nicht unbedingt im Interesse des Wiederaufbaues und der Unabhängigkeit vom Ausland notwendig sind. Wie ich bereits sagte, kann zurzeit eine Erhöhung des Lohnniveaus aus den überragenden Ideen des Gesamtaufbaues nicht zugelassen werden. Sobald aber einmal unsere großen nationalen Aufgaben erfüllt sein werden, wird die Reichsregierung sofort bereit sein, die Löhne nachzuprüfen.«

Also Preissteigerungen werden grundsätzlich nicht ausgeschlossen — sie finden in Wirklichkeit auch dauernd statt — wohl aber Lohnsteigerungen. Eben erst hat Göring den Landwirten die Kartoffel- und Roggenpreise erhöht, womit er sie allerdings nicht glücklich machen wird, den Arbeitern aber wird zugemutet, das fortgesetzte Sinken des Reallohnes, das mit dem Steigen der Preise bei gleichbleibenden Nominallöhnen verbunden ist, geduldig zu ertragen. Erst wenn die großen nationalen Aufgaben erfüllt sein werden, soll nachgeprüft werden. Wann aber wird das sein? Wenn die Aufrüstung fertig ist? Sie wird es nie! Oder bis Hitler seinen Krieg gewonnen haben wird? Wenn er ihn verliert, was dann?

Die Unternehmer verdienen dick. Für die Arbeiter bleibt nichts als die Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag.

## Hitlers »Kriegskinder«

Die deutsche Zahnheilkunde zum »Vierjahresplan« Görings.

Eine sehr umfangreiche Untersuchung des Zahnärztlichen Universitätsinstitutes in Breslau spricht, wie die Berliner »Umschau« meldet, von außerordentlich stark gehäuften Fällen von Zahnkaries (Zahnfäule), die jetzt in Deutschland bei ganz kleinen oder eben schulpflichtigen Kindern auftritt und alle Zahlen früherer Jahre frappant hinter sich läßt! Nach Angaben des Leiters des Institutes, Dr. Urban, der insgesamt rund 1200 Kinder im Alter von sieben Monaten bis zu sechs Jahren ob der Endemie untersuchte, waren von den untersuchten Aderthalb- bis Dreijährigen noch nicht einmal die Hälfte frei von Zahnfäule — ein medizinischer Sachverhalt, der selbstverständlich ganz wesentlich die künftige Konstitution des herangewachsenen Menschen beeinflussen muß!

Herr Dr. Urban ist auch den Ursachen der beobachteten Erscheinung nachgegangen. Er erblickt sie ausschließlich in der für die proletarischen Menschen in Deutschland heute gegebenen Ernährungslage. Während sich nämlich die Erkrankung an Kindern solcher Mütter, die sich noch viel Gemüse und Obst als vitaminreichste Nahrungsmittel lei-

sten können, kaum in diesem Umfang zeigt, sind die Kinder der Frauen, die, wie Urban sagt, »auf Suppen, Brot und Wurst hauptsächlich« angewiesen sind, fast alle befallen. Nun ist das allerdings eine ganz verräterische Angelegenheit des Hitlerschen Wirtschaftskrieges mitten im Weltfrieden und des Göringschen Vierjahresplans im besonderen! Gemüse, die ohne Fette bereitet werden müssen, schmecken nicht. Also kann sich nur noch der Begüterte heute in Deutschland auch nur ein richtiges Sauerkrautgericht leisten. Obst aber — nun ja, wenn die deutschen Äpfel oder Birnen an sich schon nicht langen, konnte man früher wenigstens zur billigen ausländischen Banane, zur wohlfeilen Apfelsine, zur Traube aus Südtirol greifen. Aber da seien heute Göring und die Devisen vor!

## Totale Bürokratie

Ueber die Durchdringung der höheren preußischen Bürokratie durch die NSDAP macht der Leiter der Personalabteilung im Reichsinnenministerium, Dr. Schlütze, folgende Angaben:

Die zwölf Oberpräsidentenstellen sind restlos mit Nationalsozialisten besetzt. Von 34 Regierungspräsidenten sind seit 1933 31 ausgewechselt worden, diese 31 Stellen sind mit Nationalsozialisten besetzt worden. Von 361 Landräten gehören 344 der NSDAP an. Seit 1933 sind 293 Regierungsreferendare angestellt worden, die zu 99 Prozent der NSDAP angehören, zu 66 Prozent seit der Zeit von 1925 bis 1933 schon zur NSDAP gehörten. Dieser Nachwuchs — so schließt Schlütze — gebe die Möglichkeit, bei Stellenbesetzungen wieder das Fachbeamtenprinzip zur Geltung gelangen zu lassen.

Der »Fachbeamte« mit vorschriftmäßiger Gesinnung heißt das.

## Juden im KZ

Briefsperrung wegen Greuelnachrichten.

»Manchester Guardian« veröffentlicht einen Brief, den die Mutter eines jüdischen Gefangenen jüngst von ihrem Sohn erhalten hat. Der Brief besagt, ins Deutsche rückübersetzt, folgendes:

»Entlassene jüdische Schutzhäftlinge haben die menschliche Behandlung, die sie im Lager erfuhren, schlecht gedankt, indem sie im Ausland über das Lager Greuelnachrichten verbreiteten. Die Blätter, die diese von jüdischen Emigranten behaupteten Unwahrheiten veröffentlichten, waren ausgesprochene Judenblätter. Der Lagerkommandant hat darum zunächst allen Juden verboten, Briefe abzuschicken oder zu empfangen. Dies teile ich Dir im Auftrage des Kommandanten mit und bitte Dich, solange Du keine andere Mitteilung erhältst, mir keine Briefe mehr zu schicken.«

## Göbbels Auslandspropaganda

Der Nachrichtendienst der deutschen Bekleidungsindustrie, Berlin W. 62, Kiolganstraße 1, verbreitet folgendes Rundschreiben: Betr.: Rede des Reichsleiters Dr. Göbbels auf dem Parteitag Nürnberg 1936.

Die Außenhandelsstelle hat die große Rede des Reichsministers Dr. Göbbels über

Bolschewismus in Theorie und Praxis im Druck in folgenden Sprachen erscheinen lassen:

deutsch	ungarisch	isländisch
englisch	bulgarisch	finnisch
französisch	griechisch	polnisch
portugiesisch	holländisch	jugoslawisch
brasilianisch	schwedisch	rumänisch
italienisch	norwegisch	

Die Broschüre wird zur Weiterleitung an geeignete ausländische Geschäftsfreunde kostenlos zur Verfügung gestellt.

Interessenten wollen die gewünschte Zahl bis zum 15. d. M. bei uns bestellen.

Man gewinnt hier Einblick in die Methoden der braunen Propaganda. Kann man sich übrigens wundern, wenn die Geschäfte immer schlechter gehen, wenn ausländische Geschäftsfreunde stattbarer Zahlung Göbbelschen Blödsinn erhalten?

## Christus ähnlich wie Hitler

Wie das »Evangelische Kirchenblatt« für Württemberg berichtet, hat der einstige Reichshofkaplan und enge Mitarbeiter des Reichsbischofs Ludwig Müller, D. Engelke, eine Vortragsreise durch Württemberg unternommen, um in zahlreichen Ortgruppen der Volksgemeinschaft »Deutsche Christen« zu sprechen. Aufschlußreich waren seine Äußerungen in einem Gespräch. Er führte hierbei u. a. aus: Christus sei nicht Gottes Sohn im massenbiblischen Sinn, Gott habe sich in ihm ähnlich wie in Adolf Hitler uns geoffenbart.

## Marxismus

»Es entspräche marxistischer Denkungsart, wollte man dem Bessergestellten sagen: es interessiert uns nicht, woher du das Geld für die Erziehung deiner Kinder nimmst, denn der Arbeiter hat es ja auch nicht.... Der Marxismus predigte den Klassenkampf, indem er jeden Besitz, jedes höhere Einkommen, jede Bildung und jedes Bildungsbedürfnis als unmoralisch hinstellte.«

(Schwarzes Korps.)

## Brauner Justizterror

Im Dezember wurde in Berlin die Frau des früheren Vorsitzenden des ADGB, des Genossen Leipart, verhaftet, weil sie einem Sammler der Nazi-Winterhilfe gesagt hatte: »Wie kann ich etwas geben, da man mir die Möglichkeit zum Arbeiten genommen hat.«

Für diesen unbestreitbaren wahrheitsgemäßen Satz ist Frau Leipart zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden!

Kriegsvorbereitungen. Aus dem westlichen Industriegebiet erfahren wir: Im gesamten Westen bekommen alle Frauen, die jemals im Leben, besonders in den Betrieben, gearbeitet haben, ein Arbeitsbuch (Arbeitspaß). Man sagt, daß das für den Fall des Krieges notwendig sei. Untersuchungen von Frauen auf ihre Verwendbarkeit haben bis jetzt nicht stattgefunden. Alle Jungen über 14 Jahre dürfen nicht mehr über die Grenze, ohne ausdrücklich die Genehmigung dazu eingeholt zu haben. Hitlerjugend überhaupt nicht mehr. Es sei denn, der Kreisleiter hat seine Einwilligung dazu gegeben.

Aber auch der Bauer wird immer mehr in die Fesseln der Zwangswirtschaft geschlagen. Während bisher die Behörden, resp. die Bonzen des Reichsnährstandes, nur bei Erbhöfen Maßnahmen zur Erziehung der Bewirtschaftung ergreifen konnten, verfügt jetzt Göring den Wirtschaftszwang für alle Betriebe. Die Behörde kann den Landwirt zu einer bestimmten Art der Wirtschaftsführung auffordern, sie kann die Wirtschaftsverwaltung durch einen Vertrauensmann anordnen, die Wirtschaftsführung einem Treuhänder übertragen oder aber den »Nutzungsberechtigten«, wie jetzt der einstige Eigentümer bezeichnenderweise tituliert wird, verpflichten, den Betrieb pachtweise einer anderen Person zu überlassen. Die deutschen Bauern, die Hitler zugejubelt haben, weil er sie von den »Feinden des Eigentums« zu befreien versprach, begreifen zu spät, was es mit ihrem Eigentum in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft für seltsame Bewandnis hat, da es nun zum Instrument geworden ist, sie in rechtlose Staatsklaven zu verwandeln.

Dr. Richard Kern.

Damit hat Göring zugleich den sozialen Inhalt seiner Agrarpolitik demaskiert. Die Erhöhung des Roggen- und des Kartoffelpreises kommt vor allem dem Großgrundbesitz des Ostens zugute, für den gleichzeitig die Ermäßigung der Düngemittelpreise am stärksten ins Gewicht fällt. Er wird auch den größten Teil der Zuschüsse für Mellorationen für sich abzuschöpfen wissen. Und ihm dient auch die restlose Versklavung der Landarbeiter, die Göring gleichzeitig der Weimarer Republik, daß an den Errungenschaften, die die Arbeiterschaft erreicht hatte, keine Schicht größeren Anteil hatte als gerade die Landarbeiter des Ostens, denen die demokratische Republik die Befreiung aus den Fesseln der schmählichen Gesindeordnung, die volle Koalitionsfreiheit, kollektive Arbeitsverträge, moralische und politische Würde und ständige Erhöhung ihrer Lebenshaltung gebracht hat. Umgekehrt, keine Schicht hat die nationalsozialistische Diktatur stärker herabgedrückt und tiefer entwürdigt als den deutschen Landarbeiter. Geraubt ist ihm nicht nur das Koalitionsrecht, sondern die Freizügigkeit. Das

Verlassen des Landes nicht nur, sondern der Wechsel der Arbeitsstelle ist ihm versagt. An die Scholle ist er wieder gebunden, und der Wechsel der Arbeitsstelle, um etwas höheren Lohn zu erlangen, wird als Kontraktbruch bestraft. Die Landhilfe stellt seinen Ausbeutern kaum bezahlte Arbeitskräfte zur Verfügung. Jetzt wird dieses System von Göring vollendet: »Ich werde für einen weitgehenden Einsatz des Arbeitsdienstes sorgen. Der Reichsarbeitsführer hat sich mir auch bereits voll zur Verfügung gestellt... Die Landflucht, an die mancher heute noch wegen einer momentanen Besserstellung bei städtischer Arbeit denkt, muß danach selbstverständlich aufhören. Ich werde die Landflucht in Zukunft als ein Ausweichen vor der Verantwortung gegenüber der gesamten Volkswirtschaft zu werten und zu behandeln wissen.« Und der Darré verkündet auch bereits den Einsatz der Hitlerjugend bei der Frühjahrsbestellung, für die der Rust die Schulbefreiung anordnet, der Blomberg will unter Umständen den Einsatz der Wehrmacht ermöglichen, und auch die Verfügungstruppen der SS stehen bereit.

## D'e ausziehbare Ahnentafel

Blamierte Vor- und zitternde Nachfahren.

Das deutsche Ahnengeschäft steht in hoher Blüte. Groß- und Urgroßmütter werden allen, die zahlen können, von eifrigen Stammbaumläufern franko Haus geliefert, die Heraldiker polieren neue Wappen auf alt, »Sippensuchanzeigern« setzen Druckereln und Sender in Nahrung, der »Volksbund der deutschen sippenkundlichen Vereine (VSV) e. V.« gibt ein »Allgemeines Suchblatt für Sippenforscher« auf angeleglich gemeinnütziger Grundlage heraus, der Eher-Verlag verdient schon seit langem an den vorgeschriebenen Abtammungslisten schweres Geld, und die Siebengebirgsbuchhandlung in Hanf an Rhein annouciert jetzt sogar einen »Ahnenspaß mit ausziehbarer Ahnentafel«.

So eine Ahnentafel kann — wenn es sich um die Karriere handelt — gar nicht lang genug ausgezogen werden, und alle an die Ahnenkette gelegten deutschen Volksgenossen zittern vor der Eventualität unangenehmer Ueberraschungen. Zugleich mit den Ahnentafeln werden nämlich häufig die armen Eltern, Großeltern, Urgroßeltern ausgezogen — und zwar nackt. Immer wieder stellt es sich heraus, daß es bei der Mutter vielleicht gerade noch stimmte, daß aber bereits die Großmutter ein »Malheur« ihrer Tante war und daß es um die Ehrwürdigkeit der würdigen Vorfahren auch nur so so stand. Der »Westene«, Berlin, plaudert in seiner Nummer 52 wie folgt aus der Stammbaumschule:

»Als der Berliner Töpfergehilfe Georg Weber bei seinen Abtammungsforschungen die erstaunliche Entdeckung gemacht hatte, noch vier Geschwister zu haben, von denen er bislang nichts gewußt hatte, suchte er, deren Anschriften festzustellen. Das gelang ihm aber zunächst nur bei einer Schwester, einer 29jährigen Frau, die in Senftenberg verheiratet ist. So fuhr er also nach Senftenberg, besuchte die Frau und sagte: »Gestatten Sie, daß ich mich vorstelle — ich bin Ihr Bruder!«

Manch einer wird den Kopf darüber schütteln, wie es möglich ist, daß man fünf Geschwistern gegenseitig ihre Existenz verheimlichte. Leider hat die Ahnenforschung unserer Tage mehr ähnliche Fälle zutage gebracht, als man für möglich halten sollte. Kastengeist, falsche Moralvorstellungen, Furcht vor Skandalen, auch Gleichgültigkeit gegenüber den Vorfahren haben in früheren Jahrhunderten häufig zu Vertuschungen und Heimlichkeiten in Familiensachen geführt, die wir heute unbegreiflich finden. Manche Groß- und Urgroßeltern würden sich, wie der Volksmund sagt, im Grabe umdrehen, wenn sie wüßten, welche Ungelegenheiten sie damit den Kindern unserer Zeit bereiteten, die sich den uralten Nachweis besorgen müssen. Man kann dabei erfreuliche und unerfreuliche Entdeckungen machen.

Aber die unerfreulichen sind bei weitem in der Mehrzahl. Möglich, daß die Urgroßeltern wirklich im Grabe rotieren — weil ihre Nachkommen plötzlich verdrückt worden sind, mit ausziehbarer Ahnentafel nach illegitimen Spatzen schießen und damit die rassistische Zusammensetzung des deutschen Volkes noch fragwürdiger erscheinen lassen als sie es von Natur aus ist.

## „Schuld und Sühne“

Edelmütige Bitte für bestrafte »Volksgenossen«.

Das »nationalsozialistische Recht« besitzt, ehe es noch das ihm angemessene Strafgesetzbuch ausgerichtet hat, eine Qualität, die es in der Rechtsgeschichte noch über die glorreichen tausend Jahre hinaus verewigen dürfte. Es schafft, teils durch Weltanschauung, teils zur Machtbehauptung, ununterbrochen besondere Anlässe zur Straffälligkeit, die es bis dahin nicht gab. Es liefert Menschen den Fallstricken seiner Justiz aus, für Vergehen, die früher überhaupt nicht gesühnt wurden.

Aber den kleinen und großen Diktatoren wird darüber allmählich etwas bange. Es werden dauernd so viele Lücken in die »Volksgemeinschaft« gerissen, daß man anfängt, sich Sorgen zu machen: wie man aus Bestraften und brotlos Gemachten treue Hitler-Untertanen machen kann. Da gibt es den Pege Hilgenfeldt, den Reichsbeauftragten des Führers für das Winterhilfswerk, dem die braune Presse folgende Worte aus einem Vortrage zuschreibt:

»Die besondere Sorge des P.g. Hilgenfeldt gilt zurzeit dem Problem, die Volksgenossen, die nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe aus dem Berufsleben verdrängt sind, wieder in den Arbeitsprozeß und damit in die Volksgemeinschaft zurückzuführen. Er geht von der Tatsache aus, daß die Hälfte aller Strafgefangenen nur einmal im Leben straffällig werden und eine Strafe unter einem halben Jahr Gefängnis zu verbüßen haben. Dieselben im Kern meist

# Der Düsseldorfer braune Gemeindegumpf

Vorgestern Lumpensammler, gestern »Reiniger Deutschlands«, heute Folterknecht und Erpresser — Wie die braunen »Lichtgestalten« der republikanischen Stadtverwaltung mitspielten

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben:

Düsseldorf am schönen Rhein, rivalisierend mit dem älteren Köln, ist eine Stadt ohne viele Tradition. Es empfing seine Bedeutung nicht zuletzt durch die preußische und wilhelminische Staatsräson, die sich im wirklich bodenständigen Rheinland und in einer Bevölkerung, die ihre Besten zu den Badenser und Pfälzer Achtundvierziger im »roten Jahre« in Scharen geschickt hatte, nie sonderlich wohlgeföhlt hatte. Der Aufschwung der eng benachbarten Schwerindustrie in nicht einem halben Jahrhundert, deren Handels- und Speditionskontor die Stadt wurde, tat ein Uebriges zum überhasteten und künstlichen Wachstum der Großgemeinde, die es zu einer nennenswerten »Altstadt« innerhalb ihrer Mauern überhaupt nicht gebracht hat. Die Klassenwidersprüche und Klassenfeindschaften stoßen hier besonders hart aufeinander, wo sich vor einer Unzahl Tingeltangels und Kabarets und Trocaderos am Abend die »schnittigen« Autos der Unternehmer und Fabrikherren aus dem großen »Kohlenpott« sammeln, um in diesem Lebensstil wieder drauf zu bringen, was ihnen tagsüber der Kumpel erarbeitet hat.

Auch die braune »Revolution« war in Düsseldorf noch ungebärdiger, formloser, gemeiner und schamloser, als sie sich irgendwo sonst gab! Hier arrivierte ein dreißigjähriger Bankstift — nur weil er zufällig der jüngere Bruder von Göbbels war, gleich von der Portokasse seines bisherigen Betätigungsfeldes zum Generaldirektor des großen dort zentralisierten Provinzialbank- und Versicherungsinstitutes. Hier wurde einer der übelsten Schläger in Naziradauversammlungen, irgend eine SA-Charge, gleich auf den ersten Anlauf Polizeipräsident. Es ist derselbe, der jetzt nolens volens — in einer Bekanntmachung in der Presse der Öffentlichkeit von den sauberen Dingen Kenntnis geben mußte, die sich innerhalb der jetzt hundertprozentig von den braunen Deutschland-Retttern besetzten Düsseldorfer Kommunalverwaltung abgespielt haben! Schon die Art und Weise, wie amtlich der Topf ausgeschüttet wurde, dessen stinkender Inhalt nun einmal nicht mehr zu verbergen war, kennzeichnen den Mann, der es als Polizeichef tun mußte, ebenso, wie das System, das er vertritt.

Da wird so getan, als ob »auch« Nationalsozialisten an den erpresserischen Handlungen beteiligt gewesen wären, die hohe städtische Steuerbeamte gegen saumselige Steuerzahler begingen, denen sie mit dieser »mittelalterlichen Folterungsmethode« (so drückt sich der Polizeibericht selbst aus) rund eine Million Mark abknöpften, um diese in die eigene Hosentasche zu stecken. »Auch« Nationalsozialisten??? Du lieber Gott, unter den acht oder neun verhafteten braunen Gemeindegumpfmandarinen war kein einziger, der nicht schon seit Jahren das Parteibuch Hitlers am Busen gewärmt hätte. Was aber gar nicht in dem amt-

anständigen Volksgenossen muß es ermöglicht werden, daß sie bald nach der Haftentlassung einem Beruf zugeführt werden. Dazu kommt, daß die nationalsozialistische Rechtswahrung viele Vergehen ahndet, die im liberalistischen Staate nicht verfolgt wurden, und ein hartes Strafmaß verhängt. Mit diesen harten Strafen muß die Tat vollends gesühnt sein. Kein Gefolgschaftsführer hat das Recht, sich als Richter aufzuwerfen, indem er aus Bequemlichkeit oder Mangel an Verantwortungsgedanken einem solchen Volksgenossen eine weitere Strafe dadurch auferlegt, indem er ihm den Arbeitsplatz vorenthält.

Das sieht so aus, daß man selbst »Untermenschen« trotz notorischer rassistischer Minderwertigkeit wieder auf die Fahrt zum braunen Paradies schicken will. Auch die »Politik«? Vielleicht auch sie, wenn man sicher ist, daß die braune Spitzelapparatur in den Betrieben ausreichend funktioniert. Die Rüstungskonjunktur hat schließlich jeden Mann nötig — um so mehr, als die »Gestrauchelten« an der Hobeibank, am Schraubstock oder am laufenden Band höher qualifizierte Arbeit leisten, als die Gesinnungstüchtigen der braunen Gefolgschaft.

lichen Bulletin zum Ausdruck kommt, auch noch nicht einmal andeutungsweise: wieso können gleich neun hohe Beamte ein und dasselbe Verbrechen in derselben Sache begehen, ohne daß das nicht früher rufbar wird? Wie madig muß die ganze Behörde sein, wenn eine förmliche Gangster-Innung solche smarten Geschäfte, obendrein mit »mittelalterlichen Foltermethoden«, jahrelang betreiben konnte. Denn daß es sich um diese Uebung von Jahren handeln muß, zeigt ja die Höhe der Summe, von der offiziell zugegeben wurde, daß sie erpreßt wurde. Weiter: in welchem Lande der Welt ist es möglich, einen Mitmenschen gleich »mittelalterlich zu foltern« — nur, weil er eine falsche Steuerdeklaration abgegeben hat oder haben soll? Was muß das für eine Stickatmosphäre von allgemeiner Angst und endemischer Hundedemut, von kaltem Schweiß der »Objekte« und Paschaallüren der Subjekte sein, das da den stimmungsmäßig-schwülen Hintergrund der Affäre bilden muß?!

Und was wichtiger oder sogar am wichtigsten ist: warum verschweigt der braune Polizeipräsident in seinem Bulletin, daß das Haupt der Gangsterbande, der Steuerdirektor Esch, seit 1930 die Gemeindevorordnetenfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei »geführt« hat?!

Herr Esch ist ein Mann, der, bevor ihn Hitler entdeckte und er den Hitler, mit vielerlei Sachen, mit warmen Würstchen und mit Lumpen gehandelt hat. In keiner der vielen »Branchen« hat er reüssiert; und an geleisteten Offenbarungseiden nahm er sogar den Rekord mit seinem Kölner Kompatrioten Ley auf, was wirklich was heißen will. So ganz der richtige Mann also, im »marxistenfreien« Deutschland Steuerdirektor zu werden! Im Kampfe gegen die »korrupte Demokratie und Parteienmißwirtschaft« hat ihm selbst in Düsseldorf unter seinen Parteigenossen niemand im Hinblick auf die Kraft moralisch geschwollener Stimmbänder übertreffen können. So fiel bei Beginn des »Aufbruchs der Nation« gerade diesem braunen Bußprediger die spezifische Aufgabe zu, die angeblich »korrupte« Düsseldorfer Stadtverwaltung zu »säubern«.

Gerade weil es sich in diesem Falle bei den Betroffenen nicht um »Marxisten« handelt, sondern Männer ausgesprochen bürgerlicher, ja sogar — im Falle des damaligen Oberbürgermeisters Lehr — unverhohlen schwarzweißroter und deutschnationaler Gesinnungszugehörigkeit die bedauernswerten Opfer wurden, können wir es heute und angesichts dieses Gangsterskandals mit besonderer Deutlichkeit sagen: Das, was sich unter Vorantritt jenes Subjektes Esch im Frühjahr und Sommer 1933 als Düsseldorfer Kommunaltragödie oder besser Kommunal-Räuberstück abspielte, wird immer die gemeinste aller Gemeinheiten des »erwachten Deutschland« darstellen. Es würde zu weit führen, hier die Gründe darzulegen, warum in der sogenannten »Systemzeit« eine große Industriestadt von dem ausgesprochenen Charakter Düsseldorfs mit einer riesigen Bevölkerungsmehrheit, die entweder katholisch-kleinbürgerlich oder proletarisch-sozialistisch war, ausgerechnet von einem deutschnationalen Oberbürgermeister, eben Herrn Lehr, verwaltet wurde. Sagen wir nur, daß die großen Stahl- und Eisenkontore der Stadt als ausschlaggebende Steuerzahler auch die Hände auf den Schalthebel kommunalen Geschehens gelegt hatten und daß das Düsseldorfer Milieu in sich nicht ausgeglichen genug war, eine solche schrille Diskrepanz im demokratischen Rahmen zu vermeiden. Auf jeden Fall war Lehr, dem ein Finanzdezernent aus den Reihen des katholischen Zentrums zur Seite stand, ein qualifizierter Beamter mit einer untadeligen Laufbahn hinter sich; so fand sich die Stadt mit ihm ab.

Als das »Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk« (RWE), das monopolistische Ausbeuterbestreben auf im wesentlichen privatkapitalistischer Basis im ganzen deutschen Westen durchzusetzen bemüht war, sich die ihm am nächsten liegende Stadt Düsseldorf als

Hauptangriffspunkt ausgesucht hatte, dergestalt, daß die halbe Million Düsseldorfer Verbraucher nunmehr auf Gnade oder Ungnade seinem Preisdiktat verfallen sein sollte, suchte Lehr halbwegs das kommunale Interesse bei der Transaktion, die er nicht vermeiden konnte und vielleicht auch bei seiner ganzen großbürgerlichen Einstellung nicht vermeiden wollte, wenigstens indirekt halbwegs zu wahren. Das »RWE« war ein sogenannt gemischtwirtschaftlicher Betrieb mit überwiegendem Einfluß der großen rheinischen Wirtschaftsbarone a la Silberberg. Lehr erstand ein Aktienpaket der Unternehmung im Betrag von einigen zwanzig Millionen Mark zu Händen seiner Stadtverwaltung; das sollte dieser den hinreichenden Einfluß auf die Geschäfts- und Vertragsgebarung des mächtigen Liefermonopolisten, vor allem seine Preisgebarung sichern. Es wurde behauptet, daß Lehr damals die Stadtverordneten nicht hinreichend von dieser seiner »Aktion« unterrichtet habe. Sicher ist, daß, wenn der Ankauf des Paketes wirklich zustande kommen sollte, das Ganze mit hinreichender Diskretion durchgeführt werden mußte. Ebenso sicher ist es, daß diese Sicherung des kommunalen Interesses eine sogar dem Oberbürgermeister vorgeschriebene Pflichthandlung war, wenn die Einkreisung durch das Monopol da war. Als die große Krise 1930 dann hereinbrach, verlor die Stadt Düsseldorf durch Kursverlust an diesem ihrem Aktienpaket buchnäßig den Betrag von ein oder auch zwei Millionen.

Diese in ihrem Wesen durchaus korrekte und einwandfreie Aktiengeschichte bildete nun den Vorwand für eine geradezu diabolische Verleumdungskampagne, welche die Nazis gegen Lehr und seine Mitarbeiter schon vor der »Machtergreifung« gerade unter der Führung des Subjektes Esch angezettelt hatten und nun, im Frühjahr 1933, als das Hakenkreuz glücklich auch über dem Düsseldorfer Rathaus flatterte, zur Vollendung und zu »Taten« gelangen ließen. Lehr wurde verhaftet. Sein Finanzdezernent auch.

Während der letztere, ein schon seit langem kränklicher alter Mann bald nach der Einlieferung in der Zelle Selbstmord verübte, blieb Lehr mindestens ein Jahr lang eingesperrt.

Aller vierzehn Tage ungefähr hieß es in den Nazizeitungen, bald würde dem »Dieb und Halunken« der große Prozeß gemacht. Ueber ein Jahr hat der Staatsanwalt die Akten gedreht und gewendet, um irgend etwas, was vielleicht doch zu »fassen« gewesen wäre, dem Unglücklichen in der Zelle anzuhängen. Es ist nie zu einem wirklichen Verfahren gegen Lehr gekommen! Sogar braune Staatsanwaltschaften grauten sich davor...

Es gibt wohl kaum einen Oberbürgermeister des deutschen Westens aus der früheren republikanischen Zeit, dem nicht von der braunen »Revolution« auf das Uebelste mitgespielt worden wäre. Instinktiv haßten hier die Nazis als entartete Repräsentanten der preußischen Kommissesele das Prinzip der Selbstverwaltung und des Selbstbestimmungsrechts des Bürgers überhaupt; und da sie das Prinzip nicht foltern konnten, marterten sie wenigstens ihre Träger. Die Affäre Lehr aber war die dümmste, die gemeinste, die dreckigste von allen nationalsozialistischen »Säuberungs-« und »Rettungs-« Aktionen! Gerade weil der Düsseldorfer Oberbürgermeister das Gegenteil eines politischen Freundes von uns selbst war, wollen wir das heute wahrheitsgemäß feststellen, obachon es für jeden wissenden und anständigen Deutschen dieser seiner Ehrenrettung wirklich nicht bedarf. Erst recht wohl nicht, nachdem der Hauptfolterknecht in diesem neudeutschen Hexen- und Ketzerprozeß, ganze Scharen der Ermordeten, Entehrten, Ausgeplünderten hinterließ, jetzt sich als das herausgestellt hat, was er ist und als welcher er zum besonderen Hitlerdienst von vorneherein als disponiert und qualifiziert gelten durfte: ein Wegelagerer mehr als gemeingefährlicher Natur!

# Kirchenkampf im Grenzland

Aus dem sächsischen Grenzland wird uns geschrieben:

Die Vorbereitung der Kirchenwahlen ist im vollen Gange. Überall werden Versammlungen abgehalten. Sie sind in der Regel sehr stark besucht. Es bestehen drei Gruppen: 1. Deutsche Christen, 2. Evangelisch-lutherische Bekenntniskirche, 3. Deutsche Glaubensbewegung (Richtung Hauer-Reventlow-Rosenberg).

Mitte März fand in einem bekannten Städtchen nahe der Grenze eine Versammlung der Bekenntniskirche statt, mit dem Pfarrer... als Redner. Der große Saal war überfüllt. Der Pfarrer wies die Gläubigen darauf hin, daß sie jetzt ihr Bekenntnis vertreten und verteidigen müßten. Die Bekenntniskirche sei allen Bestimmungen des Vereinsrechtes unterworfen. Was dies in der gegenwärtigen Zeit bedeute, brauche er nicht zu schildern. Man sei lange Zeit der Auffassung gewesen, daß die Kirche freibleibe vom parteipolitischen Kampf. Das sei, wie es scheint, ein Irrtum gewesen. Die Kirche stehe im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Jetzt erst sei die Bewährungsfrist für die überzeugten Christen angebrochen. Es gelte den Beweis zu erbringen, wer das Bekenntnis ernst nehme, und was auch kommen möge, zu ihm stehe. — Über der Versammlung lag fühlbare Angst vor dem Kommenden. Eine Diskussion war nicht erlaubt, wohl aber konnten schriftliche Anfragen eingebracht werden.

Eine Woche vorher fand eine Versammlung der Deutschen Glaubensbewegung mit dem Redner Walter Oettel-Leipzig statt. Ein Hetzer schlimmster Sorte. Er begann, indem er sagte, daß diejenigen, die eine derbe Ausdrucksweise nicht vertragen können, am besten gleich wieder gehen sollten. Er sei gewohnt, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Er habe schon des öfteren über sich das Urteil gehört: »Ich kann den gemeinen Kerl nicht vertragen.« Wer also schwache Nerven habe, der solle nur gleich gehen, das nehme er nicht übel. Es ging niemand, alle wollten beweisen, daß sie über starke Nerven verfügten. Mit einer Bibel in der Hand begann er nun zum Thema: »Warum brauchen wir keine Priester?« zu sprechen. Daß das Alte Testament eine jüdische Schreiberlei sei, wisse nun wohl jedes Kind. Darüber noch Worte zu machen, sei deshalb überflüssig. Er beschäftigte sich aus diesem Grunde nur mit dem Neuen Testament. Nachdem es der Redner aufgeschlagen hatte, begann er zu lesen: »Evangelium S. Matthäi.« Was heißt das? das heißt, daß es eine Schreiberlei des Juden Mathäus ist. Also auch wieder ein Jude. Kommt für uns nicht in Frage, weg damit. Nächstes Kapitel: Evangelium S. Marci. Also eine Schreiberlei des Juden Markus. Brauchen wir nicht, weg damit. Und so ging es fort mit den Juden Lukas, Johannes, Paulus und Petrus, bis er alle Überschriften aus dem Neuen Testament »geprüft« und festgestellt hatte, daß es eine reine Judenschreiberlei sei. »Was bleibt nun übrig«, rief der Redner aus: der Umschlag: Das ist alles. Was ich anbede, will und muß ich aber sehen. Das ist hier nicht der Fall. Bete ich ein Offenrohr an, das hat einen Sinn, da sehe ich wenigstens etwas, nämlich das Offenrohr. Nun werden natürlich die Zuhörer sagen, ja, was hat denn die ganze Sache noch für einen Sinn? Keinen. Es kommt jetzt nicht mehr darauf an, in Deutschland 28.000 Pfaffen die Existenz zu erhalten. Wenn sie kaputt gehen, läßt es sich nicht ändern. Deutschland will leben.

In der gleich offeneren Weise sprach der Referent über die Wahlen. Auf die Frage, wie und was gewählt werden soll, gab er folgende klassische Antwort: »Ob ihr hingehet zur Wahl oder nicht, ist nebensächlich. Unsere Wahl ist fertig. Besser ist natürlich, ihr geht hin.« Als großes Staunen ob dieser Auskunft vorhanden war, erklärte Oettel freimütig:

»Wir haben uns in der Kampfzeit nicht geschaut, mit allen Mitteln günstige Resultate zu erzielen. Wir werden uns auch jetzt nicht irren lassen. Was tut es, wenn sich die Leute aufregen und sagen, es ist geschwindelt worden. Was wir machen, gilt.«

Es gäbe jetzt schon Taufen auf das Hakenkreuz, daran würden keinerlei Beschwerden und Proteste etwas ändern, vielleicht werde dies bald zur Norm werden.

Auf dem Heimweg von dieser Versammlung sagte einer zum anderen: »Die machen noch lauter Verrückte aus uns.« Das ist in kürzester Form das Urteil des Volkes.

Damit dieser Bericht aber nicht als Greuelmärchen abgetan werden kann, fügen

wir die Originaleinladung für die nächste Oettelversammlung bei, die folgende Kampfforderungen enthält:

1. Das Kampfziel der Deutschen Glaubensbewegung ist die Einheit des deutschen Volkes in einem arteigenen deutschen Glauben.

2. Die Grundlage des deutschen Glaubens ist die Wesensart der nordischen Rasse und das durch sie bestimmte deutsche Volkstum.

3. Deutscher Glaube liegt jedem gesunden Menschen ungeborener deutscher Art im Blute.

4. Deutscher Glaube kann sich nur in der Volksgemeinschaft auswirken und entfalten.

5. Das höchste Ziel deutschen Glaubens ist die Erhaltung der Art und die völkische Hochleistung auf allen Gebieten des Lebens. Er wird nicht als Konfession »geglaubt«, sondern wird gelebt als selbstlose Tat, als schöpferische Leistung und als volkmotwendige Arbeit.

6. Deutscher Glaube ahnt das Göttliche im unabänderlichen Gesetz des Lebens von Mensch und All. Ihm ist die Forschung ein Suchen Gottes. Deutscher Glaube weist dem Menschen Miltverantwortung zu an der Erhaltung der Rasse und an der Ordnung von Staat, Volk und Sippe.

7. Werte deutschen Glaubens sind Boden, Blut und Ehre. Sie verpflichten zu bedingungslosem Einsatz für die Heimat und die Freiheit des Volkes.

8. Heilig ist deutschem Glauben die Geburt — nicht die Taufe; die Ehe — nicht der Priestersegen; das Volk — nicht die

Kirche; das Göttliche — nicht der Glaubensartikel.

9. Einziger Maßstab für alle Forderungen aus arteigenem Glauben ist das germanisch-deutsche Sittlichkeitsempfinden.

10. Daraus folgt: die Deutsche Glaubensbewegung verneint das Christentum. Sie lehnt es in jeder Form ab, weil seine Grundforderungen den Lebensgesetzen von Volk und Rasse widersprechen und dem deutschen Wesen artfremd sind.

11. Sie kämpft für eine ausschließlich deutsche Erziehung ohne christlichen Zusatz, für eine artgemäße Neugestaltung der überfremdeten Feste des Jahreslaufes und der Sippe, für die Wiederherstellung der religiösen Ehre unserer vorchristlichen Ahnen, weil ihre Ehre auch unsere Ehre ist, für eine seelische Wehrhaftmachung aus den Grundkräften deutschen Glaubens, für eine volkhafte Totenbestattung und Ahnenpflege, weil Friedhöfe Stätten der Volksgemeinschaft und nicht der Kirchen sind.

12. Sie kämpft gegen das Priestertum und seinen Anspruch auf die Seele des Volksgenossen, gegen jeden Mißbrauch eines Dienstverhältnisses zu irgendwelchen Glaubenszwecken, gegen die Verdächtigung, daß Beichtzugehörigkeit zu einer christlichen Kirche ein staatsbürgerlicher Mangel sei.

13. Die Tätigkeit der Deutschen Glaubensbewegung ist bestimmt durch die Notwendigkeiten des deutschen Volkes und des nationalsozialistischen Staates.

Die Pfarrer sind schon längere Zeit hoffnungslos gestimmt. Eine Zeitlang bemühten sie sich bei den Ausgetretenen vorzusprechen und ihren Wiedereintritt zu erreichen. Das wird jetzt unterlassen. Sie sind nicht mehr nach rechts gerichtet, sie sehen eher in

der ehemaligen Linken Bundesgenossen, wenn sie auch nach außen programmäßig in Antikommunistenhetze mitmachen. Ein Teil der Pfarrer, der schon frühzeitig zur NSDAP gegangen ist, hat inzwischen Anstellung als Heerespfarrer gefunden. Die Uebrigen sehen ihre Existenzen gefährdet. Das Gehalt wird mehr und mehr gekürzt. So wird uns ein Fall berichtet, wo dem Pfarrer an Stelle des bisherigen Gehaltes von 480 RM nur ein Monatsgehalt von knapp 200 RM ausbezahlt wird. Selbst die Chance, die einem Teil der Pfarrer eine Zeitlang vorschwebte, als Missionär ins Ausland zu gehen, ist gering. Und auch der Missionärdienst wird von der Auslandsorganisation der Partei überwacht. Wie gerne würde ein großer Teil der Pfarrer sich jetzt mit einer Sozialdemokratie abfinden, die eine ähnliche Einstellung zur Kirche bezöge wie die Sozialdemokratie Englands und der skandinavischen Staaten.

## Verzweilungskampf der Katholiken

Die in Holland erscheinende katholische Wochenzeitung »Der deutsche Weg« beschäftigt sich in ihrer Osternummer mit der Lage des Katholizismus in Deutschland. Was sie schreibt ist für die Stimmung mindestens eines Teiles der deutschen Katholiken kennzeichnend:

»Der Kulturkampf in Deutschland ist in eine Phase eingetreten in der es geht zwischen Mann und Mann. Wir können aber nur versichern, daß vieles, was wir wissen, uns mit Zuversicht erfüllt. Es gibt im deutschen Katholizismus eine große Zahl von besonders jugendlichen Menschen, die bereit sind, alles einzusetzen, ja selbst das Leben. Sie werden standhalten in dunkelster Nacht.«

# Der Führer verhindert die Wehrfreiheit

## Schacht gegen den Vierjahresplan

Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß Görings Landwirtschaftsprogramm nicht so sehr den Zweck hat, durchgeführt zu werden, als dem Führer unter dem Schein der Bemühung um die Erfüllung des Vierjahresplanes zu zeigen, daß sie nur unter Aufwendung riesiger Kosten und unter Opferung auch militärischer Interessen zu erreichen ist. Sollte Göring nicht etwa den Leitern des Heeres und der Großindustrie als Sprachrohr gedient haben? Der Eindruck verstärkt sich bei der Lektüre des Artikels »Wehrwirtschaftliche Grenzen der Selbstversorgung mit mineralischen Rohstoffen«, verfaßt von Dr. F. Eysen und veröffentlicht in Schachts Organ »Der deutsche Volkswirt« (12. 3. 37). Was sich hinter dem Titel verbirgt, ist nicht mehr und nicht weniger als eine vernichtende Kritik am Vierjahresplan und eine glatte Widerlegung alles dessen, was »der Führer« in Nürnberg zur Begründung seines »unabänderlichen Beschlusses« behauptet hat. Da bei dieser Betrachtung die »wehrwirtschaftlichen Erwägungen« vorherrschen, macht sich der Verfasser von vornherein gegen den Vorwurf, mit »kapitalistischen Vorurteilen« beschwert zu sein, immun. Er zielt direkt auf den Vierjahresplan, wenn er schreibt, es liege »nahe anzunehmen«, daß »namentlich aus wehrwirtschaftlichen Gründen die Ausnutzung der heimischen Bodenschätze und der Verzicht auf fremde Einfuhr gar nicht weit genug betrieben werden könne«, aber so sehr diese Auffassung einleuchte und so sehr sie auch in wesentlichem Umfange zutrefte, so gelte sie doch nicht ohne Vorbehalte. Der »Vorbehalte« werden nun so viele gemacht, daß aus dem Grundsatz der Selbstversorgung fast das gerade Gegenteil wird.

In Nürnberg hatte der Führer behauptet, die deutschen Eisenerzlager seien »unbegrenzte.« In Schachts Organ heißt es:

»Im Gegensatz zu den Rohstoffen der organischen Welt wachsen die natürlichen Vorräte an Mineralien nicht nach; sie sind einmalig und unersetzlich. Wenn es auch Vorkommen von fast unbeschränkter Lebensdauer gibt, wie namentlich die Kohlenlager Deutschlands, Englands, Polens und Nordamerikas, so ist dafür bei den anderen die Gefahr der Erschöpfung um so dringender... Die Versorgung der Weltwirtschaft beruht für sämtliche wichtigeren Mineralien auf einigen wenigen Überschußgebieten, und in den meisten Ländern sind fast alle Mineralien, wenn überhaupt, nur in sehr eng begrenzten Mengen vorhanden... Mit Ausnahme der Kohlen- und Salzlager und allenfalls der französischen Eisenerzvorkommen kennt man... nur wenige Lagerstätten wichtiger mineralischer Rohstoffe, deren Lebensdauer auf mehr als einige Jahrzehnte gesichert wäre.«

Als Beispiel werden die Vereinigten Staaten, also das Land der reichsten und mannigfaltigsten Rohstoffquellen, angeführt. Dort ist »nach 1918 die Sicherung der Rohstoffversorgung für einen künftigen Kriegsfall systematischer als irgendwo anders vorbereitet worden«. Aber gerade bei diesen Vorarbeiten steht die Aufgabe der Erhaltung der Zukunftsreserve im Vordergrund und nicht ihr Abbau. Von »manchen besonders hitzigen Vertretern des Autarkiegedankens« wurde gefordert, den Abbau durch hohe Schutzzölle lohnend zu machen. Dieser Plan wurde von allen Sachverständigen verworfen, »weil seine Verwirklichung nur zu einer vorzeitigen Erschöpfung der knappen Vorräte im Boden würde, so daß in einem späteren Ernstfalle womöglich überhaupt nichts mehr zur Verfügung stände.« Wenn schon die Vereinigten Staaten trotz ihrer geringen außenpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten, trotz ihrer einzigartigen Rohstoffausstattung und trotz der geringen Wahrscheinlichkeit, in einem etwaigen Kriege von beiden Weltmeeren zugleich abgeschnitten zu werden, solche Vorsichtsmaßnahmen für erforderlich halten, so gilt diese Notwendigkeit in vervielfachtem Maße für alle übrigen Großmächte auf zahlreichen Gebieten ihrer Rohstoffversorgung... Vor allem bedürfen aber die ganz knappen Buntmetallagerstätten Englands und Frankreichs, die etwas reichlicheren Deutschlands und Japans, in Deutschland aber auch die Vorkommen von guten Eisenerzen, namentlich diejenigen der wehrwirtschaftlich besonders wichtigen manganreichen Erze des Siegerlandes, sorgsame Berücksichtigung im Sinne der Erhaltung von wehrwirtschaftlichen Zukunftsreserven.«

Schachts Organ empfiehlt also nicht den Abbau, sondern den Schutz der heimischen Eisenerzvorkommen, weil ihr Abbau dem wehrwirtschaftlichen Interesse nicht entsprechen, sondern zuwiderlaufen würde.

In seiner Automobilerede verkündete »der Führer« seinen Entschluß »die deutsche Kraftverkehrswirtschaft von der Unsicherheit der internationalen Importe unabhängig zu machen und auf eine solide, sichere eigene Basis zu stellen.« Dagegen erklärt Schachts Organ, daß gerade diese »solide, sichere, eigene Basis« die unsolideste und unsicherste Basis ist, denn, »da kein Land die für die Kriegsindustrie notwendigen Rohstoffe lückenlos und ausreichend im eigenen Boden besitzt, ein jedes also in mehr oder weniger großem Umfange für den Fall eines Krieges von längerer Dauer auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen bleibt, so ist die sorgsame Pflege des Außenhandels unerlässlich. Und zwar wird man sie schon im Frieden vorbe-

reiten müssen, denn »nach Kriegsausbruch wird die Anbahnung bisher vernachlässigter Beschaffungsmöglichkeiten nur noch selten gelingen... In einem neuen Kriege läßt sich angesichts der schlechten Erfahrungen, die die Gläubigermächte nach 1918 gemacht haben, nicht erwarten, daß neutrale, ja selbst befreundete Länder noch Lieferungen ausführen werden, die nicht auf einer gewohnten Geschäftsbeziehung beruhen und die nicht mit Gold, Devisen oder wichtigen Austauschwaren bezahlt werden. Infolgedessen kann es dahin kommen, daß Gold zum kriegswichtigsten Rohstoff wird.« Weil Deutschland aber diese kriegswichtigsten Rohstoffe nicht besitzt, muß »die Sicherung von Auslandsrohstoffen im Kriegsfall« zwangsläufig um so schwieriger werden, je stärker sich schon vorher die Handelsbeziehungen gelockert haben.«

Aber selbst »eine im Frieden einigermaßen ausreichende Eigenversorgung mit einem mineralischem Rohstoff« bedeutet noch nicht ausreichende Sicherung der Rohstoffversorgung im Falle eines längeren Krieges. Denn »im Weltkrieg hatten auch die Länder mit den gewaltigsten Kohlenreserven, die Vereinigten Staaten, England und Deutschland unter »zeitweilig geradezu verhängnisvoller Kohlennot« zu leiden, weil »die Front immer schärfer die leistungsfähigen Arbeiterjahrgänge und die Verkehrsmittel in Anspruch nahm.« Deshalb »kann es für ein Land wehrwirtschaftlich erwünscht sein, beispielsweise die Bezüge an hochwertigem Eisenerz aus dem Ausland nicht allzu weit absinken zu lassen.« Die Preisgabe der Erzeinfuhr, die vom Führer gepriesene Selbstversorgung mit Eisenerz ist also eine Gefahr für die Versorgung der Munitionsindustrie mit Arbeitern und der Armee mit Soldaten. Daher:

»Man treibt also im Frieden bewußt geradezu das Gegenteil einer auf Autarkie gerichteten Wirtschaftspolitik, um sich besser für den Kriegsfall zu rüsten.«

Man tut also am besten das Gegenteil dessen, wozu der Führer unabänderlich entschlossen ist. G. A. F.

## Gesunde Wirtschaft

»Durch die Festsetzung von Erzeugermindest- und Verbraucherhöchstpreisen sind die Handelsspannen sehr genau festgelegt. Bei einer Reihe von Waren mußten sie aus volkswirtschaftlichen Gründen so knapp sein, daß sie kaum die reinen Unkosten decken. Eine Statistik hat sogar festgestellt, daß etwa die Hälfte des Umsatzes der Lebensmittelgeschäfte aus solchen Waren besteht, deren Spanne geringer ist als die entstandenen Unkosten.«

(»Der Westen«, Berlin, Nr. 80)

# Schacht - Wahrheit und Dichtung

## Die geänderte Biographie

»Ich habe immer die Wahrheit gesagt, meist allerdings ein bis zwei Jahre zu früh.«

(Schacht auf der Festsetzung im Reichswirtschaftsministerium.)

Die Behauptung der Psychologie, daß jeder am lautesten von den Tugenden rede, die er selber — nicht besitzt, findet in den Reden Hjalmar Schachts mehr als eine Bestätigung. Da wimmelt es von Versicherungen »kaufmännischer Ehrlichkeit«, als hätte es nie eine planmäßige Einschuldung des Dritten Reiches etwa auf dem Balkan gegeben, als würde kein ausländischer Gläubiger mit Hilfe der Registermark um sein Guthaben geprellt, kurz gesagt, als käme Deutschland nach liberalistischer Wirtschaftsmoral seinen inneren und äußeren Verpflichtungen nach. In seiner letzten Rede, die er zur Feier seines sechzigjährigen Geburtstages in der Festsetzung des Reichswirtschaftsministeriums hielt, hat Schacht in bekannter Bescheidenheit sich als den Verkünder der Wahrheit gefeiert, die von den andern leider erst ein bis zwei Jahre später erkannt werde...

Wie wandelbar indes die Wahrheiten sind, die Herr Schacht in seinem wandlungsreichen Leben verkündet hat, beweist erneut die soeben erschienene Biographie »Schacht« von Dr. Franz Reuter, die von sich behauptet »auf Grund authentischen Materials« geschrieben zu sein. Und das ist zweifellos der Fall, da die umfangreichen Mitteilungen über familiäre Dinge, die beigegebenen persönlichen Photographien usw. auf engste Zusammenarbeit des Verfassers mit dem Objekt seines Buches schließen lassen. Interessant ist nun, daß diese Schachtbiographie, Ausgabe 1937, nur die erweiterte Umarbeitung eines Schachtbuches ist, das mit gleichem Titel und gleichem Verfasser im Jahre 1933 erschien. Der Vergleich beider Ausgaben ergibt die überraschende Feststellung, daß Herr Schacht 1937 allerlei Retuschen an der Darstellung seines Lebensweges vornehmen ließ, die keinesfalls bloße stilistische Änderungen sind, sondern deutliche Korrekturen der »Wahrheit«, wie er sie 1933 verkünden ließ, um sie 1937 als inopportun zu verleugnen.

Verhältnismäßig harmlos ist es noch, wenn auf Seite 7, bei der Darstellung des Entwicklungsganges der Familie, Schachts Großvater nicht wie früher als »dänischer Kreisphysikus«, sondern als »dänischer, dann deutscher Kreisphysikus« bezeichnet wird. Daß Schachts Geburtsort Tingleff in Nordschleswig sich bei der Abstimmung mit Mehrheit für Dänemark ausspricht, wird übrigens ziemlich nebenbei und mißverständlich mitgeteilt.

Auf Seite 27 der alten Ausgabe heißt es dann beim Uebergang Schachts in die Nationalbank, diese sei »seit dem Tode von Julius Stern stark heruntergewirtschaftet« worden. Ein solches Kompliment an die Adresse des Juden Stern, tüchtiger gewesen zu sein als sein Nachfolger, erschien Herrn Schacht und seinem Biographen wohl als unzeitgemäße Wahrheit und so lesen wir denn in der Ausgabe 1937, die Nationalbank sei »seit geraumer Zeit stark heruntergewirtschaftet« gewesen.

Peinlich ist naturgemäß die Darstellung der Mitgliedschaft Schachts in der Demokratischen Partei, die die nationalsozialistischen Agitatoren stets die Partei der Börsenjuden genannt haben. Schacht hilft sich damit, das »Gespenst des Bolschewismus« als treibendes Motiv für seine politische Tätigkeit auf der Linken hinzustellen. Immerhin unterließ ihm und seinem Biographen 1933 noch das Eingeständnis, seine politische Methode sei damals »zunächst alten humanitär-liberalen Anschauungen entnommen« gewesen. Man begreift, wie unangenehm dieser Lapsus dem Wirtschaftsdiktator eines Regimes sein mußte, für das »humanitäre« und »liberale« Schimpfworte, wenn nicht gar Bezeichnungen für moralische Minderwertigkeit sind. In der Ausgabe 1937 ist dieser böse Zungenschlag denn auch getilgt. Schacht präsentiert sich den Lesern seiner Biographie ohne humanitär-liberale Reminiszenzen.

Auf Seite 30 der Ausgabe von 1937 schildert Schachts Biograph die Haltung des Meisters im Jahre 1923, in den bewegten Monaten des Ruhrkrieges: »Sehr scharf tritt Schacht in diesen Jahren der vor allem von deutschnationaler Seite befruchteten Idee

eines Staatsbankrotts entgegen. Damit werde der Kredit des Staates zusammenstürzen und würden besonders die Krieganleihebesitzer und Sparer betroffen werden. Der Grundsatz des Privateigentums würde erschüttert, da Staatsbankrott Wegnahme des Eigentums bedeute.« Diese Stelle fehlt in der Ausgabe von 1933 und nicht zufällig, denn — damals saßen die Deutschnationalen noch mit in der Regierung und waren draußen im Land und in der Wirtschaft eine mächtige Gruppe, die einen solchen Angriff übel vermerkt hätte. Der charaktervolle Wahrheitsfanatiker Schacht hat das Jahr 1937 und die Zertrümmerung der letzten deutschnationalen »Widerstandsnester« abgewartet, ehe er zu seinem Fußtritt ausholte. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß selbst die — Bilder einer sorgfältigen Umredigierung unterworfen wurden. Das Photo von der Harzburger Tagung, in dessen Vordergrund neben Hitler der weiße Schnurrbart des »Silberfuchses« Hugenberg aufleuchtet, ist in der Neuausgabe verschwunden, da es wohl nur peinliche Erinnerungen an die »Regierung der nationalen Konzentration« hervorrufen würde.

Aber das alles sind vielleicht nur Retuschen, kleine feige Winkelzüge mit der unbequemen Wahrheit. Zu einer eindeutigen Geschichtsfälschung versteigt sich das Buch in dem Kapitel »Große Aufgaben«, in dem die Stabilisierung der Mark behandelt wird. Ueber die Ernennung zum Reichsbankpräsidenten hieß es in der Ausgabe von 1933:

»Vor der Wahl hat Ebert ihn gefragt, wie er zu einer eventuellen Berufung stehe. Schacht erwiderte u. a., daß er nicht Sozialist, sondern Anhänger einer auf dem Grundsatz der Leistung des einzelnen begründeten Wirtschaft sei.«

1937 liest sich das so:

»Vor der Wahl hat Ebert ihn gefragt, wie er zu einer eventuellen Berufung stehe. Schacht erwidert unter anderem, daß er nicht Marxist, sondern Anhänger einer auf dem Grundsatz der Leistung des einzelnen begründeten Wirtschaft sei.«

Was hat Schacht nun eigentlich geantwortet? Ueber ein Gespräch, das er mit einer verstorbenen Persönlichkeit unter vier Augen führte, gibt der Wahrheitsfanatiker Schacht zwei verschiedene Versionen. Zweifellos ist eine solch schwerwiegende Aenderung nicht ohne seine ausdrückliche Zustimmung erfolgt, so daß der Vorwurf einer Fälschung des heute schon historischen Gesprächs an die Adresse des Herrn Reichsbankpräsidenten gerichtet werden muß. Dieser Tatbestand zeigt nicht nur, wie kritisch man den sonstigen Mitteilungen des Buches gegenüberzutreten hat, sondern auch wie der verdächtig häufig betonte Wahrheitsfanatismus Schachts zu bewerten ist.

Selbstverständlich spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß Schacht sich Ebert im Jahre 1923 als Nichtsozialist vorstellte. Der Terminus »Marxist« ist erst

durch die spätere nationalsozialistische Agitation über den Bereich engerer sozialistischer Diskussionen hinausgedrungen und zum Sammelbegriff für die sozialistische Linke geworden. Auch gab es 1923 eine Reihe nicht unbedeutender sozialdemokratischer Parteimitglieder, die nicht im schulmäßigen Sinne »Marxisten« waren. Wie wäre Schacht im Jahre 1923 also darauf verfallen, Ebert in der Sprache von 1937 zu antworten? Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Schacht sich, wie es in der ersten Ausgabe zu lesen stand, als Nichtsozialisten bezeichnete und daß er 1937, im Besitz der goldenen Parteinaedel einer angeblich nationalsozialistischen Partei, dieses Selbstbekenntnis als störend empfand. Wenn er es nun so hinstellen läßt, als habe er sich Ebert gegenüber als Nichtmarxist bezeichnet, so ist das also nicht nur eine Fälschung, sondern auch ein starkes Stück von Charakterlosigkeit. Der angeblich so »unbequeme«, »störrische« und »fanatische« Schacht erweist sich hier als recht anpassungsfähig und servil.

Die Wahrheit, die Herr Schacht über seinen Lebensweg im Jahre 1937 verkünden läßt, weicht von jener des Jahres 1933 nicht unerheblich ab. Nur hat er sie, entgegen seiner kühnen Feststellung auf der Jubelfeier im Reichswirtschaftsministerium, nicht zwei Jahre früher, sondern vier Jahre später verkündet. Was wird man von diesem Propheten der veränderlichen Wahrheit noch alles zu erwarten haben? B. M.

## Ein „Führer“ hinter Stacheldraht

Adolf Hitlers „Volksnähe“ bei näherer Besichtigung — Ein Schweizer Journalist entdeckt das Panzerwerk »Berghof«

Mit Recht hat die große Presse außerhalb Deutschlands dieser Tage besondere Aufmerksamkeit dem auffälligen, mit dröhnendem Schwung vorgetragenen Passus in einer Berliner Rede Hermann Göring gewidmet, wonach er die »alten Kämpfer« aufforderte, einen »Ring von Stahl« um den geliebten »Führer« zu legen und allen Attentätern einer näheren oder weiteren Zukunft dem Sinne nach verließ, daß sie an ihrem Unterfangen »verbrennen und versengern« würden. Der Vorfall war um so auffälliger, als gerade dieser Redepassus später in der reichsdeutschen Presse offenbar auf höhere Anweisung fein säuberlich ausgemerzt war. Das sogenannte »Volk«, wenn man von den hier angesprochenen, gut dotierten braunen Respektspersonen absieht, darf also nichts davon erfahren, mit welchen doch immerhin eigentümlichen Sorgen so eine Diktatur es zu tun hat.

Erwies da nicht der preußische Ministerpräsident dem System einen etwas tölpelhaften Bärendienst? Sicherlich tat es jener Schweizer Journalist namens Paul Werner, dem es glückte, sich dem »Führer und Reichskanzler« im Gebiet seines »Berghofs« auf Berchtesgadener Flur nahen zu dürfen und nun dieses sein begnadetes Erlebnis auf drei oder vier Spalten des »Berner Bundes« (vom 22. März 1937) freudestrahlend veröffentlicht. Der Zeitungsmann hat nicht Hitlerschen »Plänen« nachgespürt und erst recht nicht Wertungen sachlicher Art ins »Erlebnis« hineingetragen. Festzustellen, von welcher Farbe die Krawatte Adolf Hitlers ist, schien ihm allein schon Reporters Schweiß wert. Doch was hat er in Wirklichkeit »erlebt«?

Gut die Hälfte seiner Reportage vom »Berghof« muß er der minutiösen Schilderung widmen, wie sich der »Führer und Reichskanzler« dort in seinem oberbayrischen Tusculum vor dem geliebten deutschen Volk förmlich verschanzt hat! Das geht gleich so los: »Kurz außerhalb Berchtesgadens, nach der ersten stellen Kurve, zieht sich der Draht und Stacheldraht, der uns zuruft: Bis hierhin und nicht weiter! Ein Fahrkilometer weiter:

»Die Straße, die wir fahren, ist für den nichtoffiziellen Verkehr verboten. Private Fahrzeuge müssen unten herum fahren und einen Umweg von ungefähr 15 Kilometer machen.«

Man sieht: ein ziemlich geräumiger Festungsrayon! So genau wird es darin mit der »Liebe des Volkes« genommen, daß zum Bei-

spiel »an einer einzigen Stelle, einer Haarnadelkurve, an der man »Hitlers Haus einen Augenblick sieht«, es »dem Chauffeur verboten ist, hier zu halten«. — Und so ausschweifend präventiv geht es dann weiter, bis etwa unmittelbar vor dem Plattnerhof ein direkter Paßweg hinüberführt. (Zu Hitlers Privatwigwam nämlich! D. R.) Jetzt steht hier eine große Tafel »Verbotener Weg!«

Fortifikatorisch gewiß eine Leistung! Aber es wäre gelacht, wenn nicht noch über weitere und entscheidendere Blockierungsmaßnahmen der aufmerksame Lokalinspektor berichten könnte. Zum Beispiel:

»Und es haben dort (nämlich rund fünfzehn Kilometer rings um das Haus des Führers) viele Männer etwas zu tun. 150 SS-Männer bewachen ununterbrochen des Führers Haus und Dutzende von Kontrollstellen müssen passiert werden, um überhaupt in seine Nähe zu gelangen...«

Die SS-Männer aber tun es, weiß es Gott, nicht umsonst. Nämlich: »46 Häuser hat der deutsche Staat dort oben schon aufgekauft und abgerissen —!« Ja wofür? Im Zeichen der Materialnot?

Nun, das ist ganz klar: Hin und wieder trinkt der »Führer und Reichskanzler« ein Glas Milch im »Hochlensere« (das ist ein Bergwirthaus in diesem großen Fort). Er trinkt die Milch nicht hinter ein Panzerhemd und hinter keinen Kugelfang, sondern hinter eine — alte Lederjacke...

Aber da biegt er auch schon auf »den Weg zwischen den Tannen ein. An einer ist eine Holztafel angebracht und darauf steht: »Verbotener Weg!« Aber den Reichskanzler scheint es nicht zu kümmern. Er schreitet kräftig aus...«

Wie gerne täten wir es auch! Nach diesem instruktiven Beitrag zur jüngsten vaterländischen Geschichte und um der frischen Luft willen. H. E.

## Kriegstanz um den Juden-Skalp

Der Tag des ersten Judenboykotts im Dritten Reich soll festlich begangen werden. — Vierteljuden dürfen im Dritten Reich nicht mehr heiraten.

Es charakterisiert die inner- und außenpolitische Auswegslosigkeit der Hitlerdiktatur nach rund vierjährigem Bestand, daß das

Regime an neuen Attraktionen und »Ueber-raschungen« nichts anderes mehr im Köcher hat, als die feierliche und rituelle Begehung des Jahrestages des sogenannten »Judenboykotts«, den die Göbbels, Ley und Streicher im Frühjahr 1933 inszenierten. Sicherlich ist dieser Massenpogrom im Laufe der vier Jahre Hitlerscher Schreckenerrschaft von weitaus wüsteren Exzeßwellen gegen die »Rassefremde« an Unerhörtheit und Brutalität in den Schatten gestellt worden. Sicher ist auch, daß sich noch mancher im engsten Kreis um den »Führer und Reichskanzler«, der Reichsaußenminister und der Reichsbankpräsident allen anderen voran, mit Bestürzung erinnern mag, wie wenig glorios dabei das Regime gegen das Gewissen einer Welt, das noch nicht ganz der Schreckenahypnose damals verfallen war, abgeschnitten hat und wie innerlich froh damals die Machthaber waren, die Aktion vorzeitig abgeblasen zu haben.

Schlechterdings alles müßte eigentlich Herrn Hitler selbst veranlassen, die unruhliche Erinnerung an diese erste große Herausforderung der Welt, die er sich leistete, in den Parteilakten verschwinden sein zu lassen. Aber — dem ist offenbar nicht so! Wie uns viele Berichte aus dem Reich, die in diesen Tagen einliefen, verraten, hängen jetzt bereits allenthalben die Monstreplakate des Reichspropagandaministeriums aus, die zu förmlichen Jubiläumafeiern jener Tage aufforderten, die Herrn Julius Streicher zum reichsamlichen Obergangster machten! Die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« in all ihren Zwangskorporationen soll im Mai um den Judenskalp in Erinnerungsbegeisterung tanzen... Wie muß das Regime »das Volk« einschätzen oder vielmehr welchen Abhub mag es für das Volk ausgeben, wenn die patriotische Phantasie der Regisseure zu nichts anderem mehr reicht?! Die Ablenkungsmaschinerie, vom Dritten Reich zu einem kunstvollen Mechanismus mit riesigem Räderwerk ausgebaut, kreischt heute immer trostloser.

Da ist das »Neue«, was Herr Hitler an praktischer »Rassenpflege« immer noch hin und wieder zu bieten hat, doch schon einigermaßen reizvoller... Wie es jetzt herauskommt, ist den sogenannten »Vierteljuden« in Deutschland schon vor einiger Zeit verboten worden, überhaupt noch zu heiraten! Es mag sich hier um eine kürzlich ergangene Ausführungsverordnung zu den »Nürnberger

# Blütenlese aus faschistischen spanischen Zeitungen

Gesetzten handeln, die man offiziell — wahrscheinlich gerade wegen des »christlichen« Eindrucks draußen — nicht bekannt gab, von der aber der »Reichsarztführer« Wagner jetzt ganz ungeniert bei Gelegenheit der Einweihung eines Aerztehauses in Thüringen vor geladenen Gästen sprach. Sehr bewegt schimpfend auf die wachsende Opposition, welche die »Rassenpflege« im breitesten Bürgertum, bei der Wissenschaft und vor allem auch in den kirchlichen Kreisen finde, stellte er fest: »Es ist bestimmt nicht unchristlicher, für einige Tausend Vierteljuden den Ehegenehmigungszwang einzuführen, als hunderttausend gesunden Männern das Zölibat aufzuerlegen.« (So zu lesen in »Zeitschrift für ärztliche Fortbildung, Heft 9, 37 — Jena.) Dieser Zwang trifft nach Wagners weiteren Angaben rund 100.000 Menschen in Deutschland, die hinter den rund 500.000 »Halbjuden« als »Vierteljuden« (Menschen ohne arische Großmutter) bezeichnet werden.

## Kirchenaustritt der Kreaturen

Erfindung des Hitlersystems: der Ketzer-Untertan.

Der zur Zeit vom nationalsozialistischen Staat ebenso wie von der regierenden Totalpartei geförderte Kirchenaustritt äußert sich grotesk in einigen Zahlen, die jetzt aus dem Reich bekannt werden. So sind allein im Jahre 1935 in Schleswig-Holstein 2975 Personen aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten; und in Mecklenburg, Deutschlands bei weitem »aufgeklärtestem« Winkel, immerhin rund 2500. Aber daß von den letzteren Freigelassenen aus dem Lande des Ochsenkopfwappens allein genau 1647 lediglich von der einen Stadt Rostock gestellt wurden, macht die Sache fast zum schlechten Witz! Rostock hat gerade 80.000 Einwohner. So daß jetzt, unter Hitler, so ziemlich auf jedes Haus mindestens ein geeichter und qualifizierter »Ketzer« kommt. Ist das nicht ein geradezu mathematischer Beweis dafür, unter welchen Gewissensverhältnissen sich der Untertan des Dritten Reiches befindet? Wo eben der entsprechende Lokalbonze der NSDAP seinen besonderen Vogel hat, ist der Untertan bei Leib- und Lebensstrafe gehalten, das Tier auch zu züchten.

Noch entschiedener manifestiert sich der himmelstürmende braune Untertan in den Zahlen und Angaben, die kürzlich die Kölner Kirchenzeitung machte. Danach sind in Köln seit dem 1. Dezember 1936 rund 2700 Katholiken aus ihrer Kirche ausgeschieden — freilich, in der überwiegenden Mehrheit Subalternbeamte der Behörden! So ist es richtig! Dem Herrn Oberpostassistent und den Gerichtssupernumerar packt mit dämonischer Gewalt das atheistische Urgefühl, nicht wahr?! Oder war es vielleicht nicht so? Wäre es denkbar, daß man schneller Postsekretär und Obersupernumerar werden kann, wenn man erweist, wie erhaben man über die jüdischen Greuelmeldungen des Alten Testaments ist?

Wie sieht das »nationale« Spanien aus, das seit 7 Monaten den Befreiungskrieg auf der Pyrenäen-Halbinsel führt? Wir armen, schlecht unterrichteten Ausländer haben es bisher schwer entdecken können. Wir sahen nur den Aufstand machtiäster Generale, verbunden mit dem unermeßlichen Reichtum der Jesuiten, gestützt durch deutsche und italienische Diktatoren, die unter der Parole der Unterdrückung des Bolschewismus ihre eigennützigen imperialistischen Ziele verfolgen. Also studieren wir ein wenig die Franco-Presse, um uns zu belehren.

Ein großer Teil dieser Blätter erscheint seit Monaten mit großen Schlagzeilen am Kopf:

Ein Volk: das spanische, eine Religion: die katholische, ein Führer: Franco!

### I.

Das »nationale« Spanien ist leider unmusikalisch...

Anlässlich einer Huldigungsfeier für den »Generalissimo«, der sich auch Staatsoberhaupt titulieren läßt, berichtete die faschistische Zeitung »Morgendämmerung« von Saragossa:

»Die Musikkapellen intonierten unter stürmischem Beifall die Nationalhymnen von Deutschland (Horst-Wessel-Lied), von Italien und Portugal, die Hymnen der Phalanx (spanische Faschisten), der Requetés (Karlotten) und der Fremdenlegion.«

Warum spielte man nicht die Hymne der »Nationalisten«?

Warum empörte sich nicht das »wahre« Spanien, daß man bei einem so bedeutsamen Anlaß schamhaft seine Hymne verschwie?

Nun, weil es keine nationale Hymne des »reinen« Spanien gibt; weil das nationale Spanien leider so unmusikalisch ist, daß es noch keinen musikalischen Ausdruck für seine Idee gefunden hat. Allerdings nur ein kleiner Schönheitsfehler — oder doch mehr??

### II.

»Ich möchte mit jemand sprechen, der spanisch versteht...«

Aus den offiziellen Berichten der spanischen Regierung und aus vielen Beobachtungen ausländischer Journalisten, die in der französischen und englischen Presse wiedergegeben wurden, ergibt sich, daß in Spanien zwar 50.000 oder gar 80.000 Italiener kämpfen, in geschlossenen Formationen abtransportiert, ohne vorherige Angabe des Reiseziels oder gar Befragung des einzelnen Soldaten, dasselbe trifft auf die Truppenkontingente der deutschen Reichswehr zu; daß aber die Russen wohl Offiziere und Techniker geschickt haben, aber keine Massen von Soldaten; dies um so mehr, als die Regierung genug Menschen zur Verteidigung zur Verfügung hat und nur unter dem Mangel an Technikern und Instruktoren leidet. Den auf der Seite der Generale Kämpfenden wird aber seit Beginn der Revolte eingehämmert, daß das ganze »rote« Spanien in den Händen der Russen ist, die die armen spanischen Bauern

und Arbeiter mit Gewalt in ihre Reihen zwingen.

So wird man besser als die Nächstbeteiligten folgendes kleines Erlebnis verstehen, das in einer Schilderung der vielen Ueberläufe aus dem Lager der Faschisten enthalten war: Die ersten Worte eines spanischen Landmannes, der sich unter Lebensgefahr in die Schützengräben Madrider Milizen gerettet hatte, waren: »Ich möchte mit jemand sprechen, der spanisch versteht«. Verdutzt Schweigen der Milizen, dann: »Aber wir alle verstehen spanisch, wir alle sind Spanier...« Rückfrage des Ueberläufers: »Seid Ihr denn keine Russen??«

Fügen wir diesem Stimmungsbild folgendes Zitat an, das als Leitmotiv, in Fettdruck und in Kästchenform eingerahmt, als Pendant zu einem Wappenschild, neben dem Titel einer faschistischen Tageszeitung prangte:

»Es gibt einen roten Zarismus, der die viergeschwänzte Knute mit Bleispitzen gegen alle Verleumder anwendet. Mit dieser Knute züchtigen die Russen alle, Milizen, die sich ihren Befehlen widersetzen.«

Kommentar überflüssig....

### III.

»Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich...«

und Diktatorenverhimmlung bis ins ...te Geschlecht.

Von dem »General-Befreier« von eigenen Gnaden sind im Lauf der Zeit viele goldene Worte bekannt geworden. »Um mein Ziel zu erreichen, bin ich bereit, wenn es nicht anders geht, die Hälfte des spanischen Volkes erschießen zu lassen.« »Es hat sich bereits im Weltkrieg gezeigt, daß die Bombardierung von Schulen und Krankenhäusern ein wirkungsvolles Kriegsmittel ist. Unsere Flieger sollen daher vorzugsweise Lazarette zum Ziel ihrer Bomben wählen.« Sein »Sprecher« Queipo de Llanos sagte einmal: »Sowohl Mola, Franco, Cabanellas wie auch ich halten es für eine Barbarei, das Leben von 300.000 oder 500.000 Menschen in Madrid retten zu wollen. Um diesen bis zum Wahnsinn getriebenen Sadismus zu befriedigen, gab man die bekannten Befehle aus, daß man in jedem Dorf nicht nur die mit der Waffe in der Hand Betroffenen, sondern auch alle wehrlosen Frauen und Greise ermorden sollte und vor allem die Kinder, »damit man die rote Brut bis in ihre Saat ausrottet.«

Die bisherigen Taten der Befreier Spaniens haben dies Programm bestätigt: Bomben auf Schulen und Kinderheime, von Kinderleichen in Badajoz, Fliegerbomben und Schiffkanonen auf den wehrlosen Zug Flüchtender, die nach der Einnahme von Malaga, ohne Hab und Gut, viele ohne Mantel und Schuhe, zu Fuß einen Marsch von 200 Kilometer unternahmen, nur um sich vor dem

sicheren Tode durch die Mauren und Tercios zu retten. Und unter diesen 150.000 Flüchtenden, die einen fast hoffnungslosen Wettlauf mit dem Tode versuchten, von denen viele auf dem Wege nach Almeria starben, vor Hunger und Erschöpfung oder durch Granaten und Geschützfeuer, unter dieser aufgeschreckten, unschuldigen Menge befanden sich 35.000 Kinder! zarte Wesen, die — selbst wenn sie ein gültiges Geschick lebend nach Almeria kommen ließe und selbst wenn sie in den nächsten Monaten des Vernichtungskrieges vor dem Tode bewahrt werden sollten — bis in ihr hohes Alter die seelischen Wirkungen des Entsetzens und Grauens nie überwinden werden, das hier im Namen der alleinseligmachenden Kirche gegen Wehrlose begangen wurde.

Aber es gibt ein Kind Spaniens, das von all diesen Greueln verschont zu bleiben hat, ein Kind, dessen Leben an Wert Millionen von Kinderleben aufwiegt, die seit 7 Monaten von Hunger und Not, Verlust von Vater und Mutter, die oft direkt vor ihren Augen hingemetzelt werden, bedroht sind, und das ist — das Töchterchen des »Führers«. Es ist Carmencita Franco. Dieses Mädchen begeht im März des glorreichen Jahres der Befreiung seinen 12jährigen Geburtstag. Um diesen gebührend zu feiern, wurden nach guter, alter spanischer Tradition in allen »befreiten« Provinzen des Landes Gratulationsbogen ausgelegt, in Schulen und Privathäusern wurde durch eine besondere Organisation, in die vor allem die Lehrerinnen eingespannt wurden, Unterschriften und Geld gesammelt. Das Geld wurde benötigt, um all diese Unterschriften zu verewigen in einem kostbaren Album, das der Kleinen überreicht werden sollte.

Das Ziel dieses riesigen Aufwandes an Energie in einer Zeit, die alle Kräfte benötigt zum Kampf oder zu sozialen Hilfsmaßnahmen ist der: »Die Liebe und die Dankbarkeit aller spanischen Mädchen für den Befreier unseres Vaterlandes auszudrücken in einer Huldigung für das Wesen, das — nächst Gott und nächst Spanien — von unserem glorreichen Führer am meisten geliebt wird!«

## Deutsche Festku'tur

»Die zahlreichen Freunde und »Verwandten« der 8. (M. G.) Kompanie des I. R. 1, die der Einladung zum diesjährigen Kompaniefest gefolgt waren, hatten es sich kaum träumen lassen, daß sie im Alten Schützenhaus mitten in den täglichen Dienstbetrieb der »Einser« versetzt werden würden. Und doch war es so. Im »Gelände« — lies: Bühne — wurden zwei schwere Maschinengewehre in Stellung gebracht —, das Kommando »Dauerfeuer« wurde gegeben, und ein Gurt Platzpatronen ratterte durch die Gewehre, daß der Saal dröhnte.«

(Preußische Ztg. Nr. 79)

## Der Betriebsführer spricht:

Wissen Sie — ich sagte gerade zu meiner Frau, was sich die Leute so für Schmerzen machen! Mal 'n bißchen weniger Fett, und gleich ist ein Radau, als stürzte die Welt ein. 's ja reinweg zum Lachen!

Man tut doch wirklich, was irgend geht. Die Arbeiter — nich wahr? — sind Volksgenossen. Ich hab im Fabrikhof ein Blumenbeet, das müssen Sie sehen! Ich hab's selber gegossen.

Die Löhne? — Aber mein Heber Herr, man kann sich's doch nicht aus den Rippen schneiden. Opfer bringen muß jeder. Da hilft kein Geplärr, das is mal nich anders in ganz großen Zeiten.

Sehn Sie, mein dritter Wagen ist reinweg Sohund, ich hab' mir den vierten heroisch verkrieffen. Das is Sozialismus, man spart sich's vom Mund, nur die Arbeiter haben noch gar nichts begriffen.

Der Packhof auf Grünfläche zugestutzt, am Maschinenhaus Geißblatt und wilde Reben, die Kantine geweißt und der Waschkraum geputzt, wo hat es denn früher mal sowat gegeben?

Was sagen die Kerle? Das Geld reicht nicht aus, se fräßen zum Frühstück schon längst trockne Brote und brächten den Frauen so wenig nach Haus, daß ständig der Hauswirt mit Kündigung drohte.

Die Kleiderstoffe zerbrächen wie Stroh, wat nützen denn Veilchen statt Fett in de Suppe, sie liefen seit Wochen mit durchem Popo und ihnen sei Schönheit der Arbeit ganz schnuppe.

Nu hör'n Sie! Das ist dann wohl Dankbarkeit? Das sind doch — man möchte fast sagen Marxisten. Da bleibt gar nichts übrig als mit der Zeit die größten Nörgler mal auszumisten.

Aber so sind so ja alle. Wenn's jeden erwischt, da müßt' ich die ganze Belegschaft entlassen. Hier muß mal SS her, da hilft weiter nichot, und muß so bei den Hammelbeinen fassen.

Aber — im Vertrauen gesagt — das hilft auch schon nichts mehr. Das Gmacker greift schon auf die Sturmführer über. Nur Krieg hilft. Da kommen die Stänker zum Heer und drinnen wird Ruhe. — Na, Pröstchen, mein Lieber!

H—n

## Der Etappenphase

Die neue Schwank-Konjunktur.

»Lustspiele beherrschen den Spielplan, überschreibt die DAZ eine Jahresübersicht, die der Bühnenproduktion gilt und sehr trocken anmutet. Denn Kritik ist verboten und Besserung ist wiederum nicht zu melden. Das Schauspiel bevorzugt noch immer »fast ausnahmslos historische Stoffe, wobei ein hoher Prozentsatz aller Autoren mehr oder minder auf konjunkturaunliche Erfolgsmöglichkeiten hinarbeiten...« Man erwartet die neue Dramatik von den Jungen, aber denen fehlt »das unentbehrliche Wissen um die Gesetze der Bühnenkunst«. Es fehlt eine Generation:

»... es ist die hinter den wenigen erfolgreichen Autoren zwischen 35 und 45, denen die schöpferische Bühnenarbeit Berufung und Inbegriff des Lebens ist. Der nachfolgenden Generation kann es nicht leicht sein, eine neue Haltung zu finden, welche die überlegene Produktivität der Älteren mit der weltanschaulichen Zeitaufgabe nicht belastet, sondern beschwingt.«

Oder klarer ausgedrückt: die Generation, die im Jugendalter noch Freiheit und Demokratie kannte, hat noch kritische Maßstäbe im Tournister und weiß mit dem braunen »Umbruch« nichts anzufangen. Welches Genre machte also das Rennen? Die Unterhaltung leichtester Art:

»Dennoch könnten auch die Annahmen und Erfolge der Theater recht nachdenklich stimmen, wenn man untersuchte, welche Stücke, außer Revuen, vom Publikum her Kassenerfolge waren. Aber das ist ein Kapitel für sich.«

Und dies Kapitel anzuschneiden, hieße verbotene Kunstkritik treiben. Wir wollen

hier zwei Proben jener Stücke herausgreifen, die jetzt drüben erfolgreich starten. Das eine nennt sich Lustspiel und besingt die Reichsautobahn. Ein Bauer will sein Land nicht für die neue Straße hergeben, aber ein Kriegskamerad bekehrt ihn »durch die Tat«, nämlich so:

»... er setzt ihn in sein Auto und fährt ihn über das weiße Band der Autobahn durch blühendes deutsches Land. Die Tat ist stärker als alle Worte. Der Bauer begreift die Größe dieser Leistung und die Bedeutung der Tat, vor der kleinliche Interessen zum Wohl des Ganzen zu schweigen haben. Als Bekehrter kommt er heim, wo mittlerweile der junge, tüchtige Ingenieur der Reichsautobahn das Herz seiner Tochter Hanne erobert hat. Mit der Verlobung wird zugleich das Richtfest der großen Autobahnbrücke gefeiert. Stolz fährt er selbst das Hofgestände zum weißen Band.«

Also ein Schmarren, der im wilhelminischen Deutschland selbst von konservativen Kritikern als Hurrakutsch abgelehnt worden wäre. Im Dritten Reich wird so etwas als »kerniges Volksstück, wie wir es brauchen« (»Westf. Landesztg.«) gepriesen. Wer darf dagegen mucken?

Ein anderer »Erfolg«. Der Etappenphase genannt. Neuerdings verfilmt. Kriegsstück mit Etappenpaß. Ab und zu springt einer auf und meldet sich, vom Kameradschaftsgeist gepackt, freiwillig an die Front. Clou der Sache: eine Katze wird gestohlen. Rosenows Kater Lampe, schlecht plagiiert und militarisiert:

»Man ließ sich den lustigen Soldatenstreich, der darin gipfelte, daß eine kleine Gruppe von Frontsoldaten doch zu ihrem Hasenbraten kam, und ein »Dachhasenbraten« kunstgerecht mit einem

# Die Unehelichen im braunen Irrgarten

Wenn mehrere, auch nichtarische Väter in Frage kommen...

An ganz versteckter Stelle, als ob sie sich schämte (nicht mehr vor sich selber, aber vielleicht vor manchem Leser) veröffentlicht soeben die braune Presse die amtlichen Richtlinien zum Abstammungsnachweis der Unehelichen. Unter all den Irrsinnssammlungen, die wir den Phänomenen des Dritten Reiches verdanken, ist dieses Dokument sicherlich eines der Erstaunlichsten. Alles, was die frühchristliche und mittelalterliche Scholastik an Thesen zur Sicherung des Kirchendogmas schuf, alles, was im Talmud an verzwickten Rechtsfioskeln zu finden ist: diese Richtlinien aus dem 20. Jahrhundert und aus dem Herzen Europas dürften sie weit in den Schatten stellen.

Sehen wir zu, wie das zeitlose Wunder menschlicher Geburt ins wahnwitzige Gehege der Rassenvergottung gesperrt wird. Ein »blutmässiger« Abstammungsnachweis, besonders bei Unehelichen, soll mit allen Vorfahren in einem besonderen Ahnenspiegel festgelegt werden. Dabei sind aber schwierige Komplikationen zu überwinden, denn nach den »Richtlinien« bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Erfolgt die Legitimierung des unehelichen Kindes durch nachfolgende Ehe, so ist die Abstammung durch die Heiratsurkunde belegt und gesichert. Das ist relativ einfach. Wie aber, wenn der Mann bei der Heirat dem Kinde nur den Namen gibt, ohne es als von ihm erzeugt ausdrücklich anzugeben? In diesem Falle muß aus den Vormundschaftsakten ausdrücklich angegeben werden, wer der wirkliche Vater des Kindes ist, und damit beginnt ein langer Weg der Ermittlungen und der Inanspruchnahme eines großen behördlichen Apparates.

Wie schwierig die Sache ist, zeigt folgendes Beispiel aus den Richtlinien:

»Erhält in älterer Zeit (vor 1850) das uneheliche Kind den Familiennamen des Erzeugers, auch ohne daß eine formelle Vaterschaftsanerkennung nachzuweisen wäre, so ist mit einer an Sicherheit grenzenden Vermutung anzunehmen, daß er auch der wirkliche Erzeuger war.«

Warum diese Ermittlungen?

Die Antwort gibt Punkt 2. Danach hat jedes uneheliche Kind den Nachweis zu führen, daß es von seinen Vätern, der die Vaterschaft auch selbst anerkannt hat, arischer Abstammung ist. Dabei können sich im Detail Feinheiten herausstellen, denn: »Haben mehrere Männer die Vaterschaft anerkannt, so ist von sämtlichen auch der Abstammungsnachweis zu erbringen.« Ist der Erzeuger dem Namen und der Person nach bekannt, so muß er durch Vorlage einer Serie von Dokumenten die arische Abstammung nachweisen. Wie aber, wenn »mehrere« Väter, und unter ihnen einige nichtarischer Abstammung, in

# Der neue Ehrenbürger

## Szenerie in einem deutschen Rathause

Der alte Hansasaal des Kölner Rathauses erglänzt im Licht seiner schmiedeeisernen, wappengeschmückten Kronleuchter. Fahnen des Dritten Reiches verdecken die Bilder auf dem hölzernen Gefäß, die an wichtige Begebenheiten und große Männer der Stadt erinnern. Da knarren die Dielen unter zackigen Stiefelschritten. SA und SS marschieren ein und postieren sich hinter dem erhöhten Podium der Bürgermeister.

10 Uhr vormittags. Das Glockenspiel vom Rathausurm erklingt: »Ueb' immer Treu und Redlichkeit«. Diener springen aufgeregt über die Stentreppen, legen die letzte Hand an die Pflanzen- und Blumenarrangements, und ehe sie noch geendet, werden akkordreiche Autohupen hörbar: »Da sind sie! Der Oberbürgermeister, die Beigeordneten und der neue Ehrenbürger.« Die Stunde seiner feierlichen Einführung war gekommen, von der die lokale Presse schrieb, daß ganz Köln ihr entgegenfiebere.

Der jugendliche Oberbürgermeister, ein schwarzhaariger, bebrillter Intellektuellentyp, der die Uniform etwas auswattierte, betritt den Vorraum mit einem kleinen dicken Mann mit weinrotem Gesicht und winzigen Augen, über denen die Lider schwer und müde hängen. »Lieber Pege Ley« — er war es, der Ehrenbürger — »nach Bismarck sind Sie der würdigste einer...« »Jut, jut, Pege Schmidt,« antwortet der Reichsorganisationsleiter und Führer der Deutschen Arbeitsfront. »Wenn wirs hinter uns haben, dann ein feines Möselchen...« »Steht schon im Eiskühler im Schlachtensaal. Mit einem fetten Happen dazu,« beruhigt ehrerbietig der Oberbürgermeister.

Sie sind im Hansasaal. Alles springt auf, zu neunzig Prozent Uniformen, in denen Beigeordnete, Ratsherren und einiges auserwähltes Volk stecken. Feierliche Pause, ausgefüllt vom deutschen Grusse. Da tritt der neue Ehrenbürger aus hakenkreuzgeschmückter Pult und der Oberbürgermeister, in der Hand eine vielseitig versiegelte Pergamentrolle, beginnt seine Ansprache. »In Deutschlands schwerster Zeit.« — Sie, verehrter Doktor

Ley. — »In der gelistigen und seelischen Hute des Führers!« — »Hingabe, Opfer und Leistung« — »Befriedigung und Befriedigung des deutschen Arbeitsvolkes durch Ihre organisatorische Genialität...« mit diesen Worten übergibt das Stadtoberhaupt dem Gefeierten den Ehrenbürgerbrief. Zuckt nicht ein leises Lächeln über die Gesichter der Wissenden? Stoßen nicht einige Amtswalter ihre Nachbarn leise mit dem Arm an? Es war gewiß nur ein Irrtum, ein Trug der Sonne, die dieses stadtgesehliche Ereignis mit sanften Strahlen übergliebt.

Da räusperte sich Dr. Ley, legt die Hand an den Gürtel und hält seine Dankrede. Ihre Länge verbietet es bei ihren sachlichen und rhetorischen Schönheiten zu verweilen. Immerhin werden die Biographen des Ehrenbürgers folgende Stellen verzeichnen müssen:

»Erst mußten wir all den Schmutz wegschaffen, den Liberalismus und Marxismus übriggelassen haben. Heute aber haben wir freie Bahn. Der Vierjahresplan wird also zweifellos vollen Erfolg haben, und nach den vier Jahren werden wir sagen können: Deutschland ist wieder frei geworden. Deutschland ist noch schöner geworden als in den vier Jahren vorher.«

»Die Juden hatten den Arbeiter in die Dreckkline geführt. Davon haben wir sie frei gemacht. Ihr Grundsatz ist geworden: Freut Euch des Lebens...«

»Der Frühling ist so total wie die Erneuerung, die uns erfaßt hat. Wie ein Baum, der sein Blätterwerk entfaltet, nicht fragen darf, ob der Frühling echt sei, so gibt es für Amtstuben auch nicht die Frage: ist die Revolution auch echt... Sie ist echt, denn Märzstürme vernichten das Krankhafte.«

Bisher hatte der Ehrenbürger in leidlicher Haltung gesprochen. Da geschah etwas Unerwartetes. Eben hatte er zu diesem Satz die Stimme mächtig erhoben:

»Alle diese Schönheit zu empfinden, ist eine Frage des Blutes, das hat mit Verstand und Bildung wenig zu tun.«

da trat eine jener Kunstpausen und Zungenhemmungen ein, die noch in der Erinnerung jeden Redner Alpdruck bereiten. Auf

der Stirne Leys werden einige Schweißtropfen sichtbar. Was ist ihm zugestoßen? Nun, es war weiter nichts. Eine kleine Vision hatte den Fluß der Rede aufgehalten. Ley hatte einen Blick durchs Rathausfenster geworfen, als er am andern Ende der Salomonagasse, kaum hundert Schritte entfernt, das kleine Hotel Deis erblickte. War es nicht hier, wo er das zitierte Blut nicht nur als Weltanschauung, sondern im rötlichen Flusse wirklich erlebte? Er sah sich wieder als Held und Organisator des Ueberfalles vom April 1932 in jenem Hause. Ley erinnerte sich an den harten Schlag gegen den Hals, den einer seiner alten Kämpfer dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Weis versetzt hatte, und an den vom Blute überströmten Kopf des Polizeipräsidenten Bauknecht. Welch ein Schreck damals, als die Schupo kam und ihn zunächst für eine kalte Nacht in die Zelle steckte! Ja, das war die Zeit, wo seinesgleichen »gefährlich« lebte, stets bereit, das Blut anderer für seine Ideale hinzugeben.

Zur Ehre des Recken darf gesagt werden, daß diese Vision schnell vorüber ging. Jenes Ereignis wurde die Basis seiner hohen Karriere. Der Führer rief den Bewährten kurz darauf nach München und ernannte ihn zum Lohn für seine Verdienste um Volk und Staat zum Reichsorganisationsleiter der Partei. Selten hat Kraft so ergiebig mit Freude geendet. Dank Dir, Du kleines Hotel da drüben!

Mit frischen, begeistert aufgenommenen Worten beendet der Ehrenbürger seine Rede. Dann legt ihm der Oberbürgermeister eine klirrende und funkelnnde Kette um den Hals. Die Zeremonie ist beendet: »Heute Abend Sammelpunkt der alten Kameraden und Kämpfer drüben bei Deis. Tische sind reserviert: der Ehrenbürger beruft seine Getreuen zum männerfesten Ehrentrock, und alle denken noch einmal an den packendsten Satz zurück, den er zuvor gesprochen: »Wer an das Glück glaubt, wer an sich selbst glaubt, der wird auch glücklich sein.«

Andreas Howard.

Frage kommen? Diese verzwickte Situation wird in den Richtlinien durch folgende Anweisung erheilt:

d) Es kommen mehrere Erzeuger in Betracht: Steht nach Vormundschafts- oder Unterhaltungsprozessen oder auch anderen Quellen fest, daß die Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern verkehrt hat, so ist von jedem derselben der Abstammungsnachweis (neben dem der Mutter) zu erbringen. Ist ein Teil der in Frage stehenden Personen arischer, ein Teil jüdischer Abstammung, so ist eine Klärung der Rassezugehörigkeit nur durch eine erb- und rassenkundliche Untersuchung möglich. In diesen Fällen ist eine Entscheidung der Reichsstelle für Sippenforschung im Verwaltungsverfahren herbeizuführen.

Man sieht, daß zu solch einer »Klärung« eine

differenzierte rassenpolitische Klärung erforderlich ist, während es sich früher in der verruchten marxistisch-liberalistischen Zeit beim unehelichen Kind im wesentlichen um ein Windel- und Alimentationsproblem handelte, werden jetzt Geschlechterfolgen von Sippen- und Rassenforschern mit und ohne Uniform mobilisiert. Ein einziger Nichtarier unter »mehreren« Vätern entscheidet über den Lebensweg des Kindes, natürlich im negativen Sinne, mag es sonst alle Merkmale des Ariertums vorweisen.

Da hat es die nichtarische Mutter doch viel einfacher. Nach den Richtlinien gilt ein von ihr geborenes Kind, wenn der Erzeuger nicht festzustellen ist, als nichtarisch bis zum Beweise des Gegenteils. Wie

aber wenn der »Beweis des Gegenteils« erbracht wird? In diesem Falle treten die Nürnberger Gesetze automatisch in Kraft. Der arische Vater steht vor Zuchthausgefahr und die Mutter hat beste Aussicht, mit ihm wegen Begünstigung verurteilt zu werden. Vater, Mutter und Kind können sich nunmehr gemeinsam auf den besonnenen Weg der deutschen »Volksgemeinschaft« begeben.

Zur Schau auf der Pariser Weltausstellung werden gegenwärtig Dokumente zum »weltanschaulichen Umbruch« durch den Nationalsozialismus gesammelt. Diese Richtlinien, übersetzt in alle Kultursprachen, verdienen unter ihnen einen Ehrenplatz, weil es ihresgleichen in der Welt noch nicht gegeben hat.

H.

waschechten Hasenkopf verziert wurde, sehr gern gefallen. Vieles und herzliches Lachen im ganzen Hause.«

Wer diese Vermiedlichung des Weltkrieges in der Demokratie gewagt hätte, wäre in der Uraufführung erst einmal ausgepiffen worden, am energischsten von den ehemaligen Soldaten. Im Dritten Reich wird eine solche Travestie von Naziblättern also glorifiziert:

»Diesen Hasen und noch einen anderen muß man gesehen haben, will man sich gespuß baden in einer Flut von derbem, ungekünsteltem Humor, in einem Trommelfeuer lustiger Soldatenstreichche, die keine Zimperlichkeiten, keine intellektuellen Hemmungen kennen.«

Und die übrige Presse muß mit »lachens« Kritik verboten. Es gab, wie zu allen Zeiten, auch in der Weimarer Demokratie seichte Theaterunterhaltungen genug, aber sie wurde von der Presse entsprechend gewürdigt und das Publikum wußte Bescheid. Jetzt wird der Weltkrieg zum Schwank gemacht, den das Volk als »flandrisches Kriegserlebnis« zu genießen hat.

## Der ritterliche Greiser

Einige deutsche Zeitungen veröffentlichten die letzten Worte, die ein im Weltkriege gefallener französischer Pilot, der Führer Battet, im Totenkampf auf die Rückseite seines Pilotenausweises gekritzelt hat. Eine Botschaft an seine Familie war es:

»Maman, papa, Je sens que je m'en vais blessure a la tête — j'ai prié avant de mourir — surtout n'ayez pas de peine. Je vous embrasse et les Soeurs

Robert

Mama, Papa, Ich fühle, ich muß fort Kopfschuß — Ich habe gebetet vor dem Sterben — seid nicht traurig. Ich küsse euch und die Schwestern Robert.

Die deutschen Zeitungen fügen gerührt hinzu:

»Ehrfürchtig nimmt man dieses Dokument des Heldentums eines einstigen Gegners zur Hand, eines blutjungen Führers, der rein und gläubig sein Leben für die Sache des Vaterlandes opferte.«

Schon recht — aber warum nimmt man sie gerade jetzt »in die Hand«? Bewahren die Angehörigen des armen Jungen die letzte Botschaft nicht wie ein Heiligtum auf? Machten sie dieses Heiligtum gerade nationalsozialistischen Zeitungs-schreibern zugänglich, die mit aller Inbrunst darauf hinarbeiten helfen, daß die Söhne französischer Mütter bald wieder ähnliche zuckende Todeszeilen nach Hause senden können?

Nun, der Fall liegt etwas anders. Die Familie des gefallenen Führers Battet hat die letzte Botschaft ihres Toten bis heute noch garnicht erhalten, denn — und nun zitieren wir wieder die deutschen Zeitungen:

»Das Papier befand sich bisher zusammen mit den Ausweisen dreier anderer französischer Marineflieger im Besitz des Danziger Senatspräsidenten Greiser. Er war Führer einer Fliegerstaffel auf der Seeflugstation Ostende. Dort in den Kämpfen an der flandrischen Küste fielen ihm diese Papiere des französischen Marinefliegers in die Hände.«

(»Kölnische Volksztg.« Nr. 84)

Und in diesen unberufenen Händen sind

sie etwa zwanzig Jahre lang geblieben. Es machte dem derzeitigen Herrn Senatspräsidenten Greiser garnichts aus, daß er einer Mutter den letzten Brief ihres Sohnes vorenthielt. Er wußte die traurige Kriegstrophäe in seinem Schubfach — zwanzig Jahre lang! — und schlief so ruhig wie ein Gerechter. Vielleicht sind die Eltern Battet inzwischen gestorben, ohne den leisen und schönen Gruß ihres sterbenden Kindes empfangen zu haben. Jetzt aber ist wieder die Zeit der leeren Gesten gekommen, wie sie unheilvollen internationalen Entladungen voranzugehen pflegt, und jetzt

»hat der Senatspräsident dem französischen Konsul in Danzig, Baron de la Tournelle, diese Dokumente überreicht und ihn gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß sie den Angehörigen der im Heldenkampf gefallenen Gegner zugestellt und ihnen zugleich die ritterlichen Grüße des einstigen deutschen Gegners übermittelt werden.«

Die »ritterlichen« Grüße, die den deutschen Zeitungen helle Bewunderungsschreie entlocken, kommen nicht nur zwanzig Jahre zu spät, sie sind auch alles andere als ritterlich. Es wäre für Herrn Greiser eine selbstverständliche Ehrenpflicht gewesen, die Sterbepotschaft sofort nach Kriegsende den Menschen zuzusenden, für die sie bestimmt war und deren Adresse er zum Ueberfluß noch schwarz auf weiß besaß. Daß dieser Ritter sich der verspäteten Nachholung einer einfachen Menschenpflicht auch noch rühmt und daß die Presse des Herrn Göbbels sich zum Werkzeug der ekeligen Selbstbeweihräucherung macht, ist ein nationalsozialistisches Meisterstück.

## Abwarten

Den Gleichgeschalteten der Reichskulturkammer wird manchmal vor der braunen Bilderstürmerei bange. Dann warnen sie vor dem wahllosen Gebrauch der Phrase vom »Kultur bolschewismus«, hinter der die Dilettanten ihre Unfähigkeit verbergen, wie jüngst der Oberste der bildenden Künste, Prof. A. Ziegler, in einer Ansprache erklärte. Ebenso wandte er sich gegen »unzeitgemäße Veröffentlichungen über die Kunst von gestern, die durch ungeschickte Bekämpfung nur gewinnen könne...«

Die Herren fühlen ganz richtig, welche Verantwortung sie für diese Kunst von gestern mit zu tragen haben, wie rasch sich auch die neuen Zeiten ändern könnten und daß man darum nicht weiß, wie die Kunstmode von übermorgen aussieht.

## Beinahe nachfühlen...

»...In der Nacht zum Donnerstag wurde der Aushängkasten für »Das Schwarze Korps« am Pfaffenstieg (1) eingeschlagen. Wir besahen uns am Morgen die Bescherung, während auf der anderen Seite ganz in Schwarz gekleidete Gestalten, mit ebenso breitrandigen Sombreros behauptet, ihrer kindlichen Freude über die zerbrochene Scheibe freien Lauf ließen. Wir können es dem oder den Tätern und ihren Hintermännern beinahe nachfühlen, daß ihnen eines Tages der Kragen platzen mußte, daß sie sich nicht mehr bremsen konnten und klirrendes Glas ihnen ein ungefähliches Abfuhrmittel für ihre überhitzten Gemüter zu sein schienen.« (Hildesheimer Beobachter.)

# Furcht vor Vertrauensratswahlen

## Betriebsstofftrupps statt Betriebswahlen

Die nazideutschen Siegesberichte von den gewonnenen Erzeugungs- und Arbeitsschlachten haben ihr Echo bei den ausländischen Lesern des deutschen Wirtschaftswunders allmählich eingebüßt. Die Scheinkonjunktur und die Pleite des Vierjahresplans sind vor allem dem eigenen Volk nicht verborgen geblieben. Eine allgemeine und tiefe Mißstimmung hat alle Volkskreise und nicht zuletzt die Arbeiterschaft erfaßt. Mehr noch als durch einzelne sichtbar gewordene Widerstandsregungen wird die Situation durch eine protestartige Passivität, die stumme aber beharrliche Ablehnung des Nationalsozialismus-Volkstums und nicht zuletzt die Arbeiterklasse gekennzeichnet. Das Hitler-Rezept »Mehr arbeiten und weniger verbrauchen« tut seine Wirkung.

Die antifaschistische Welt mag den Grad der Erschütterung der Hitlerschen Massenbasis verschieden beurteilen, aber es gibt einen untrüglichen Gradmesser für das Ausmaß des wachsenden Mißtrauens im deutschen Volk — das eigene Urteil der Diktatur über ihre Verankerung in den Massen. Dieses Selbsturteil ist soeben gefällt worden. Der anbrechende Frühling, der für den Reichspropagandaminister und Bezwingler der Arbeiterseele just der richtige Augenblick sein mußte, wieder einmal an das Volk zu appellieren, sich in einer Abstimmung zum »Führer« zu bekennen, hat diesmal eine kleine und häßliche, furchtsam schweigende Regierung vorgefunden. Josef Göbbels verzweifelt am Erfolg einer Wahl, er fürchtet die Niederlage. Das Gesetz über die Ordnung der nationalen Arbeit ist in Unordnung geraten.

Die Vertrauensmännerwahlen in den Betrieben sind abgesagt!

Nach dem § 9 AOG gehört es zu der vornehmsten Pflicht der verantwortlichen Leitung des Arbeitslebens, alljährlich spätestens im April, die Listen für die Vertrauensratswahlen aufzustellen. Die Vertrauensratswahl war stets nur ein Arbeiterbetrug, denn die Belegschaft durfte die Männer ihres Vertrauens weder nominieren, noch jemals wählen. Sie hatte lediglich eine vom Unternehmer und dem Nazi-Betriebszellenobmann bzw. Betriebswalter aufgestellte Liste von Kapitalisnechten zu akzeptieren. Der sog. Vertrauensrat war eine machtlose Scheinvertretung, über deren Bedeutungslosigkeit in der Arbeiterschaft kein Zweifel besteht. Die Wahlmethoden waren ein Hohn auf jede Wahldemokratie. Das Wahlergebnis konnte also in keinem Fall irgendwie einen Einbruch in die faschistische Betriebsdiktatur bedeuten. Der Vertrauensrat ist für den kapitalistischen Betriebsführer ebenso gefahrenlos, wie für den Hitler-Faschismus.

So gering das Arbeiterinteresse also an diesem Schwindel eines »Vertrauensrats« sein mußte und so gleichgültig den Belegschaften die personelle Zusammensetzung der Kandidaten-Puppen war, so wichtig blieb es doch, eine der wenigen legalen Möglichkeiten zu nutzen, um bei dieser Wahl ein politisches Bekenntnis der Arbeiterschaft abzulegen. Weder der Wahlterror, noch die Propagandakünge über die zahlenmäßigen Wahlergebnisse konnten verhindern, daß bei den zurückliegenden Vertrauensratswahlen das grenzenlose Mißtrauen der Betriebsarbeiter zur Hitlerdiktatur in einer gewaltigen Demonstration bekundet worden war.

Bei der ersten Wahl im Jahre 1934 haben nach den Angaben des »Angriff« etwa 60 Prozent der Gefolgschaften die Wahl zum Zeichen ihres Protestes sabotiert, ein gleicher Prozentsatz ergibt sich bei den Abstimmungen für die Ablehnung der faschistischen Listen. Die Ablehnung war durch Streichungen aller oder einzelner Kandidaten zum Ausdruck gekommen.

Die folgende Wahl im Jahre 1935 vollzog sich unter einem Abstimmungszwang. Bei Vermeidung von Entlassung, Verfolgung und Verhaftung mußte jeder Arbeiter und Angestellte zur »Wahl« erscheinen. Das Ergebnis war indes für das Regime katastrophal. Die Göbbelschen Wahlergebnisse wurden durch die Berichte der Belegschaften als eine einzige Lüge entlarvt.

Im Januar 1936 setzte zum drittenmal der Wahlfeldzug gegen die Arbeiter ein. Die Trommler durchzogen das Land und versuchten mit wechselnden Parolen zu retten, was zu retten war. Zunächst wurde verkündet, daß die Abstimmung keine politische sei, sondern lediglich ein Votum der Gefolgschaft über ihren Betriebsführer. Diese Parole mußte zurückgezogen werden, man erklärte, es gehe darum, sich zu den Personen auf der Liste zu äußern und es wäre zulässig, unerwünschte Kandidaten zu streichen. Dieser Trick war

ungefährlich, da nach der Göbbels Methode einzelne Streichungen die entsprechende Stimmenhäufung für die verbleibenden Kandidaten zur Folge gehabt hätten.

Aber hier setzte der Widerstand der Arbeiterschaft ein. Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften hatten sich in ihren Auslandszentralen und den innerdeutschen Stützpunkten der illegalen Bewegung zu der wirksamen Parole vereinigt, zur Wahl zu gehen und alle Stimmzettel ungültig zu machen. Die völlig abwegige Anweisung der Kommunisten, eigene Kandidaten ans Messer liefern oder sich auf bestimmte Kandidaten zu vereinigen, scheiterte an der Besonnenheit der Arbeiterschaft. Die geschlossene Aktion der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte hatte die Nazis in die tödlichste Verlegenheit versetzt. Noch wurde zwar im März 1936 ein letzter Versuch gemacht, die Betriebswahl in eine politische Vertrauenskundgebung für Adolf Hitler umzubiegen. Die nationalistische Hochstimmung im Frühjahr 1936 schien der letzte Ausweg zu sein, die Wahl Niederlage zu verhindern, aber schon am 11. März war auch dieser Traum verfliegen, die für den 3. und 4. April angesetzte Abstimmung wurde plötzlich ganz abgesagt. Die Amtszeit der alten Vertrauensräte wurde um ein Jahr verlängert. Wir haben bereits damals im »N. V.« ausgeführt, daß die Vertagung der Wahl einer dauernden Aufhebung der Betriebswahlen gleich kommen dürfte.

In diesem Jahr haben die Nazis seit dem Januar immer wieder vorsichtig abgetastet, ob sie eine nochmalige Wahl wagen könnten, ohne sich einer riesigen Blamage auszusetzen. Die wiederholten Beratungen der Staatsgewaltigen zogen sich wieder bis zum 1. März 1937 hin und sie endeten mit dem Eingeständnis der Schwäche. Die Wahl wurde ohne Kommentar abgesagt. Die Tagespresse wie die Fachblätter der Arbeitsfront hüllten sich in Schweigen.

Versteckt und ängstlich findet sich unter den amtlichen Mitteilungen der einzelnen Reichsbetriebsgemeinschaften folgende kurze Notiz:

### Abteilung Vertrauensrat

Auf Anordnung des Leiters des Organisationsamtes der DAF Pg. Claus Selzner, ist beim Amt »Soziale Selbstverantwortung« eine Abteilung »Vertrauensrat« geschaffen worden, die alle mit Einsetzung und Abberufung von Vertrauensräten zusammenhängenden Fragen einheitlich regelt. Entsprechend ist auch in den Gaubüros für Arbeitsausschüsse ein Referat »Vertrauensrat« geschaffen worden.

Die Hitler-Diktatur hat sich entschlossen, auf Vertrauenskundgebungen der Arbeiter zu verzichten, um nicht Mißtrauenswahlen zu ernten. Die Amtszeit der Vertrauensmänner

wurde bis zum 1. Mai 1938 verlängert. Im Kommentar zum AOG wird die »Notwendigkeit einer kurzfristigen Erneuerung der Vertrauenskundgebung durch eine jährliche Abstimmung« besonders unterstrichen. In der Praxis haben die Nazis die Amtszeit der 1935 »gewählten« Vertrauensräte vorläufig auf drei Jahre verlängert, soweit nicht die unliebsamen Kandidaten inzwischen von der neu errichteten Abteilung des Amtes für »Soziale Selbstverantwortung« ihre Abberufung erfahren.

Die Erkenntnis des Regimes ist dahin gereift, daß die Aenderung des Arbeitsklavengesetzes, soweit es sich um die Beseitigung des Restes von »Mitbestimmungsrecht« im Sinne des Nationalsozialismus handelt, nicht mehr lange auf sich warten läßt. Mit der Aufhebung der Vertrauensratswahlen hat die Hitler-Regierung auch gleichzeitig ihr Urteil über die ganze Institution der Vertrauensräte gesprochen. Die Nazis glauben selbst nicht mehr an einen Erfolg ihrer Scheinorganisation Arbeitsfront und ihres Schein-Vertrauensrats. Die Absage der Wahl ist nur eines der Zeichen der neueren Entwicklung des deutschen Faschismus in der Arbeiterfrage. Da die Arbeiter mit all diesen Schwindelinstitutionen nicht zu gewinnen waren, sollen künftig stärkere Mittel zu ihrer »Eroberung« eingesetzt werden. Künftig wird nicht der Vertrauensrat, sondern der Werkschermann der Betriebspionier sein, um das »nationalsozialistische Arbeitsethos« in die Köpfe der Gefolgschaften einzuhämmern. Die DAK gibt bekannt:

»Das Gesetz unter dem die Werkscharen antreten, heißt: Der Führer hat immer Recht.«

Die Werkscharen haben nach der neuesten Proklamation eine entsprechende blaue Uniform, Ehren und Abzeichen verordnet erhalten, dazu ein Dienstbuch, das auch die »Gesetze deiner Gemeinschaft« enthält.

»Die Werkschar ist eine Gemeinschaft von nationalsozialistischen Kämpfern. In ihr haben sich deutsche Arbeiter zusammengeschlossen, um ein stets einsatzbereiter Stoßtrupp für den Nationalsozialismus im Betriebe zu sein.«

Die deutschen Arbeiter haben sich in vier Jahren nicht willig gezeigt, dem Regime in Betriebswahlen ihr Vertrauen zu bekunden. Künftig sollen Werkscharengeist und Werkscharenarbeit erreichen, was die Vertrauensratswahlen zu erreichen nicht vermocht hat, die Bekundung der Gefolgschaften: »Der Führer hat immer Recht.«

Er wird auch Recht behalten in seiner begründeten Angst, die Betriebsarbeiter noch einmal über das Vertrauen zum Führer abstimmen zu lassen. Der Führer hat Recht, solange das Volk schweigen muß.

## »Beziehungseier«

Auch das gibt es.

Es handelt sich, um Irrtümer zu vermeiden, nicht etwa um die Produkte eines auserwählten Legehuhnes, das sich im Dienste am Vierjahresplan besonders anstrengen muß. Der Sachverhalt ist — nach Göbbels »Angriff« — vielmehr der folgende:

»Man gewinnt den Eindruck, daß die Eier entweder in stärkerem Maße als früher auf dem Lande bleiben oder, was vielleicht richtiger ist, daß sie nicht den wünschenswerten Weg über die Verteller vom Erzeuger zum Verbraucher nehmen. Sie gelangen dem Anschein nach über persönliche Beziehungen vom Land in die Stadt und werden dadurch den Einflüssen der Marktordnung entzogen. Eine Folge davon ist, daß die »persönlichen Bezieher« besser versorgt werden als die, die auf die Ladengeschäfte angewiesen sind, und noch dazu auf deren Kosten.«

Neulich versicherte Dr. Ley, daß im Dritten Reich der Sozialismus nicht nur als Produktionsprinzip, sondern auch in der Verteilung »restlos« durchgeführt sei. Das Blatt der Deutschen Arbeitsfront widerlegt jetzt seinen hohen Chef. Sollte es wissen, der er dank seiner »Beziehungen« neben einem Lektorschrank auch eine gut assortierte Eierkiste besitzt, die den darbenenden Leib vor dem Schlimmsten behütet?

## Amerika, du hast es besser!

So mögen die deutschen Kriegsvorbereitungs-Strategen gesehzt haben, als ihnen ausgerechnet in einem der ihnen willig zu Diensten stehenden Organen vorgehalten wurde, wie sehr sie durch ihre Rohstoffbewirtschaftung die Rohversorgung im Kriegs-

falle selbst schwieriger gestalten! Ist es nicht eine beißende Kritik, wenn im »Deutschen Volkswirt« in einem Artikel über »Wehrwirtschaftliche Fragen der Selbstversorgung mit mineralischen Rohstoffen« zu lesen ist:

»In den Vereinigten Staaten hat die Sorge um die Bedarfsdeckung in bestimmten Rohstoffen sogar zu der scheinbar paradoxen Forderung geführt, den Friedensverbrauch und die Friedenseinfuhr an diesen im eigenen Land nicht verfügbaren Stoffen möglichst zu steigern, z. B. von Zinn und Nickel in Geräten des täglichen Bedarfs, von Platin in der Zahnheilkunde, von Quecksilber in neuzeitlichen Dampfkraftanlagen. Im gegebenen Falle wird man, so wird geplant, zunächst auf die entsprechend gestiegenen Handelsvorräte, dann aber auch teilweise auf die in der Bevölkerung bereits in Benutzung stehenden Metallmengen zurückgreifen können. Man treibt also im Frieden bewußt geradezu das Gegenteil einer auf Autarkie gerichteten Wirtschaftspolitik, um sich besser für den Kriegsfall zu rüsten...«

In Deutschland tut man bekanntlich das Gegenteil. Wird das Schacht-Organ für diese Äußerung, mit der es dem Göring und seinen wirtschaftlichen Mitarbeitern bescheinigt, daß auch auf diesem Gebiete ihre Politik zu einer katastrophalen Pleite führen muß, nicht einen Rüttel bekommen?!

## Die Leipziger Messe

Der Verlauf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse ist als ein Erfolg bezeichnet worden. Aber in Wirklichkeit war sie für die ausstellenden Industrien ein kaum geringerer Fehlschlag als die vorhergehenden unter dem Hitlerregime.

Das wird durch das folgende Eingeständ-

nis im »Deutschen Volkswirt« vom 19. März bestätigt. Da heißt es:

»Die Leipziger Messe, früher dem reinen Verkaufsgeschäft vorbehalten, ist mit der Zeit als wirksames Propagandawerkzeug erkannt worden, das von den Ausstellern nicht nur nach ihrem Umsatzergebnis beurteilt wird...«

An Stelle des Verkaufs, der Hereinnahme von Aufträgen, müssen sich die ausstellenden Unternehmen heute mit der bloßen Propagandawirkung zufrieden geben. Und die ist, besonders bei den ausländischen Besuchern der Leipziger Messe, keineswegs hervorragend...

## »Bedarfsdeckung«

Staatssekretär Reinhardt teilt in einer neuen Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen mit, daß die Bedarfsdeckungsscheine für Ehestandsdarlehen vom 1. April an auch zur Bezahlung der Kosten für die Teilnahme an einem Lehrgang einer Reichsmutterschule des deutschen Frauenwerks verwendet werden dürfen.

...und natürlich verwendet werden müssen, wenn es befohlen wird. Mutterschulungskurse gab es in der Republik fast in jedem größeren Ort, und die Teilnahme daran war — wenigstens für die Minderbemittelten — unentgeltlich. Jetzt muß die Gebühr nachträglich »abgestottelt« werden, und dafür trägt die Veranstaltung einen hochtrabenden Namen. Das ist der ganze Unterschied.

## Klassenkampf mit brauner Lyrik

Wandlung, Irrtum — oder was sonst?

»Der deutsche Mensch will mehr als essen, trinken, wohnen und sich kleiden. Bauer und Arbeiter, alle diese schaffenden Menschen verlangen, daß sie der deutschen Kultur in allen ihren Sparten und Errungenschaften teilhaftig werden. Der Klassenkampf war nicht allein ein Lohnkampf, sondern vielmehr ein Kulturkampf. Daß die Kultur und ihre Schönheiten allein der besitzenden Klasse vorbehalten waren, empfanden Bauer und Arbeiter gemeinsam als Schmach, Schande und Entehrung.«

Wo findet man diese ethisch-ästhetische Begründung des Klassenkampfes? In einer populär-marxistischen Broschüre? Irrtum! Es handelt sich um eine Partie aus einem Leitartikel des »Angriff« von Mitte März über die Beziehungen zwischen Land und Stadt. Sonst immer Ausgeburt von Dreck und Feuer, natürliches Bekenntnis aller Untermenschen, wird der Klassenkampf unter Göbbels Protektion auf einmal bengalisch beleuchtet. Hoffen wir, daß sich da nicht ein jüdisch-bolschewistischer Provokateur eingeschlichen hat...

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.